

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 25 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal,
 eingetragener in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechs-spaltige Kolonne
 jeils oder deren Raum 40 Pfg., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2. Donnerstag, den 16. September 1897. Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

Bündlerische Wahl-Winke.

Die Herren vom Bund der Landwirthe träumen von zukünftiger Herrlichkeit, sie bilden sich ein, die „Partei der Zukunft“ zu sein. Aber so ganz geheuer ist ihnen allem Anschein nach doch noch nicht. Deshalb giebt die „Deutsche Tageszeitung“ den Jhrigen schon zeitig Winke für die Wahlen. Sie giebt selbst zu, daß sich eine „Geneigung zu den Parteien der äußersten Linken“ bemerkbar mache; deshalb will sie die nöthigen Vorkehrungen treffen, um den demokratischen Parteien den Wind aus den Segeln zu nehmen. Aber wie das anfangen? Man höre:

„Zu diesem Zwecke wird es nothwendig sein, daß die Kandidaten aller andern Parteien sich fest und ausdrücklich auf den Boden der Verfassung stellen, und daß sie, vielleicht mehr als sonst, jeden Versuch eines Verfassungsbruches aufs entschiedenste ablehnen. Man halte das nicht für unnütz! Darin besteht eine Hauptarbeit der demokratischen Partei, daß sie den Gegnern die Verfassungsbrecherei oder wenigstens eine milde Auffassung der Verfassungsverletzung vorwirft. Stellen sich aber die Kandidaten, die den Demokraten entgegengetreten, fest und freimüthig auf den Boden der Verfassung, so wird der Partei die Spitze abgebrochen. Aber noch ein anderes ist nöthig! Es muß im Wahlkampf ein frischer freier Volkston gewählt werden. Man darf sich nicht scheuen, rückhaltlos die Wahrheit zu sagen. Dabei braucht man nicht in die Gepflogenheiten der Volksoberführer zu verfallen. Die Wahrheit wirkt auch dann, wenn sie ernst und ohne bitteren Beigeschmack vorgetragen wird. Deshalb muß auf die Auswahl der Kandidaten diesmal ganz besonderes Gewicht gelegt werden. Je abhängiger der Kandidat nach seiner Stellung zu sein scheint, je fremder er der Masse des Volkes gegenüber steht, um so schwerer wird seine Arbeit, um so zweifelhafter der Erfolg. Nur dann wird man die Parteien der äußersten Linken wirklich bekämpfen können, wenn die Kandidaten, die man ihr entgegenstellt, möglichst unabhängige, fernhafte, freimüthige Männer sind, die das Herz und den Mund auf dem richtigen Fleck haben. Wer den Fürsten Wismar richtig kennt und beurtheilt, der weiß, daß er mit seinem vielbesprochenen Urtheile über die Partei der Rechten nicht nur hat kritisiert, sondern in erster Linie mahnen und warnen wollen. Der Erfolg wird wesentlich davon abhängen, welche Wirkung die Mahnung haben wird.“

Dreißt und gottesfürchtig predigen die Bündler ihren Freunden, wie sie das Handwerk der Demagogie betreiben sollen. Sie sprechen von „demokratischer Partei“ und proklamiren die Heuchelei als Grundsatz ihrer Wahlarbeit. Die notorischen Staatsfrevler sollen den Leuten vorreden, daß sie auf dem Boden der Verfassung stünden. Die schlimmsten Volksoberführer sollen im Volkston reden. Durch Aufstellung von „Männern aus dem Volk“ als Kandidaten soll das Volk genasführt werden. Man kann im Zweifel sein, ob man die Naivetät oder die Schamlosigkeit dieser Auslassung höher einschätzen soll.

Die „Partei der Zukunft“ fängt recht nett an. Ihr Gebahren erinnert sehr an das der großmäuligen deutsch-sozialen Reformen. Aber wie diese, so wird auch das Bündlerthum schnell genug abgewirtschaftet und kläglich scheitern. Diese Herren unterschätzen denn doch die politische Reife des deutschen Volkes ganz erheblich.

Uebrigens haben die um Plöb, kaum daß sie ihr Spiel recht kräftig beginnen wollen, bereits eine bössartige Absage von einer Seite erfahren, von der sie es kaum erwartet hätten und von der es ihnen sehr wehe thut. Zum Wesen der Demagogie gehört es ja, daß man allen Leuten alles Mögliche und Unmögliche verpricht. Und im Verprechen sind die Bündler hübsch munter. Sie sind nicht etwa eine Junkerpartei, nein, das Wohl der Bauern vom größten bis zum kleinsten liegt ihnen am Herzen, und auch den Tagelöhner und Landarbeiter schließen sie an ihr Herz; dazu noch die städtische Bevölkerung, alle „produktiven Stände“, insbesondere den „Mittelstand“, die Handwerker. Sie rühmen sich mit besonderem Stolz, Mittelstandsretter zu sein.

Doch sobald es gilt, von den schillernden Phrasen zu Thaten oder auch nur zu klaren Grundsätzen überzugehen, so zeigt sich sofort die Lächerlichkeit des ganzen Bündler-Programms. Man kann nicht zweien Herren zugleich dienen, geschweige vielen; selbst die affenartig behenden Jünger des Herrn v. Plöb können das nicht. So hatten denn die Bündler, da es den Bauern also gefällt, dem ländlichen Genossenschaftswesen das Wort geredet — die Genossenschaften der Arbeiter werden natürlich heftig bekämpft! — damit aber haben sie die Zimmungsrauter gekränzt. Diese lesen daher in der „Deutschen Handwerker-Zeitung“ den ausringlichen Gesellen mit urwüchsiger Grobheit den Text:

„Das Mandat der Herren Bündler wird dem wirklichen Kenner der Verhältnisse nicht einen Augenblick die wahren Ziele der Agrarier verunkeln können. Ob der Bund der Landwirthe selbst jenen Beschluß des Dresdener landwirthschaftlichen Genossenschafts-Tages (Empfehlung der Mülerei- und Bäckerei-Genossenschaften) inspirirt hat, darauf kommt es gar nicht an. Das Organ der Herren Plöb und Genossen hat bereits vor mehr als Jahresfrist die Errichtung einer westdeutschen landwirthschaftlichen Brot-erzeugungsgenossenschaft (wenn wir nicht irren) förmlich zur Nachahmung empfohlen, die Vereinigung mecklenburgischer Landwirthe hat in Berlin Läden mit Fleischwaaren errichtet u. s. w. — Kurzum der Mittelstand, das genährte Handwerk, hat durch den erregten dicken Rebel hindurch deutlich erkannt, daß die Phrasen der Herren Bündler eben zu nichts weiter dienen, wie den „einseitigsten Raub“

„ban“ vertuschen zu helfen. In der Praxis selbstverständlich — auf dem Papier und in Worten, daß die berechnete Selbsthilfe nur so weit gehen, als dadurch die andern berechtigten Erwerbs- und Gewerbszweige nicht geschädigt werden.“ Wirklich nicht übel, denn so viel Worte so viel Mumpi. Demnach sind Müller, Bäcker, Fleischer, und nach einem ganz kürzlich im „Landwirth“ erschienenen und vom „Leipz. Tagebl.“ schwächlich verteidigten Artikel auch Dachdecker keine berechtigten Erwerbs- beziehungsweise Gewerbszweige. Und das wagen Leute anzuschreiben, welche die Brennerei-Liebesgabe einsacken, das Geschenk der Grundsteuer erhalten, die einträglichsten Stellen im Staats- wie Heeresdienst für sich und ihre Nepoten beschlagnahmten sehen möchten, und was dergleichen schöne Dinge mehr sind. Aber wir wollen den Herren die Wege weisen. Mögen sie sich die Taschen vollsacken, so viel sie können — ihre Tiraden über ihr Eintreten für das Wohl des Mittelstandes aber sind nichts als längst durchschaute Manöver. — Man ist ja dort jetzt daran, eine Zeitung für den Mittelstand — d. h. also, man hält den abgelagerten Socialisten der „Deutschen Tageszeitung“ für den dummen Handwerker gerade ausreichend, um diese im Rebel erhalten zu können — herauszugeben. Nur die Männer, die ihren im Handwerkerstand bekannten ehrlichen Namen dazu hergeben, die „Plattenszeitung“ für den Mittelstand“ schmackhaft zu machen, die hat man noch nicht gefunden. Nach denen wird noch eifrig gefahndet. Nun, auch die Plattenszeitung für den Mittelstand wird, gerade so wie das bündlerische Hauptblatt, im Handwerkerstande keinen Schaden anrichten, denn der weiß zur genüge, woran er ist.“

Wie mag diese Ohrfeige den edlen Bündlern schmecken? Mit der „Partei der Zukunft“ scheint es also vorläufig noch recht saul anzusehen!

Wie mag diese Ohrfeige den edlen Bündlern schmecken? Mit der „Partei der Zukunft“ scheint es also vorläufig noch recht, saul anzusehen!

Politische Uebersicht.

Berlin, 15. September.
Gegen das persönliche Regiment eifert bekanntlich auch die Fortschrittspartei. Was müssen wir aber von dem Ernst dieses Eifers denken, wenn wir sehen, daß die Fortschrittspresse vor dem persönlichen Regiment fortwährend tiefe Bücklinge macht und die ihm zu grund liegende Anschauung, daß die Person eines Fürsten mit übermenschlichen Eigenschaften ausgestattet sei, selber kultivirt? Finden wir da zum Beispiel in der „Vossischen Ztg.“ von heute einen „eigenen Drahtbericht“, der in großer zum theil durchschossener Schrift den Lesern die erstaunliche Nachricht mittheilt, daß die Besserung der Beziehungen zwischen England und Deutschland wesentlich der Einwirkung des Königs Umberto in Homburg zuschreiben sei. Und weiter wird verkündet, der Prinz von Wales (der in Homburg war) habe es übernommen, in Italien eine Verständigung Italiens und Englands bezüglich der „Afrika-Politik“ herbeizuführen.

Abgesehen von der Bedientenhaftigkeit dieser Mittheilung ist es geradezu unbegreiflich, wie ein ernsthaftes Blatt seinen Lesern solchen Wäldstimm aufstischen kann. Weiß die Taute Woz denn nicht, daß der Prinz von Wales auf alle Politik pfeift, außer auf solche, die ihm Gold, viel Gold in die bodenlosen Spieler-Taschen bringt? Und weiß sie, die für englischen Parlamentarismus schwärmende, denn nicht, daß der Prinz von Wales, auch wenn er auf die Politik nicht pfeife, in der Politik, wenigstens in der englischen, „nichts zu sagen“ hat?

Aber lassen wir das und betrachten wir bloß die kindische Auffassung, der König von Italien habe durch sein persönliches Auf- und Eintreten bei einem internationalen Fürstentummers „eine Besserung der Beziehungen zwischen Deutschland und England“ herbeigeführt. Was war denn da zu bessern? Daß unsere Junker und gewisse Polizeipolitiker und reaktionäre Utopisten auf England nicht gut zu sprechen sind, ist eine alte Geschichte. Allein was hat das mit den Beziehungen der beiden Länder zu thun? Gerade so viel wie das Husten eines Flohs oder unsern wegen auch einer ganzen Kompagnie von Kaiserneulöhen. Ist der Horn unserer Reaktionäre nicht absolut ohnmächtig? Ist die Möglichkeit eines Konflikts überhaupt vorhanden, auch wenn der Wille vorhanden wäre? Sind unsere Englandstesser, angenommen, sie hätten das Heft in der Hand, im stande, eine Armee gegen England zu schicken? Auch nur einen Soldaten?

Mit recht lacht die „Saturday Review“ über das chauvinistische Geschimpfe unserer Englandstesser und behrt sie, daß 8 Tage nach der Kriegserklärung kein deutsches Schiff mehr auf dem Meer schwämme. Was hat unter derartigen Verhältnissen das ganze Gerede von guten oder schlechten Beziehungen zwischen England und Deutschland für einen Sinn? Was in der Politik nicht möglich ist, kann wohl einen Rannegießer beschäftigen, nicht aber einen Politiker. Und zumal den armen König Umberto soll die „Vossische Zeitung“ doch ja aus dem Spiel lassen. Er hat mit seinen eigenen „Beziehungen“; d. h. den Beziehungen zwischen der Dynastie Savoyen und dem italienischen Staat gerade genug zu thun. —

Die sächsischen Wahlen sind, wie den Lesern bekannt, jetzt ausgehrieben, und in weniger als vierzehn Tagen findet der entscheidende Kampf statt: die Wahl der Wahlmänner.

Das neue sächsische Wahlgesetz ist — nach dem Muster des preussischen Landtags-Wahlgesetzes — ausdrücklich und offenbar in der Absicht entworfen worden, die Sozialdemokratie

auszuschließen und der Wählermasse, die in die dritte Klasse geworfen und durch die zwei ersten Klassen überstimmt wird, ein Scheinwahlrecht zu geben, das in Wirklichkeit kein Recht ist.

Unsere sächsischen Genossen haben mit großer Mehrheit sich für Aufnahme des Kampfes auch unter diesen Bedingungen entschieden. Und sie haben recht gehabt. In jedem Falle mußte die praktische Probe aufs Exempel gemacht und der tatsächliche Beweis, was diese Nachfassung „des eleudbesten aller Wahlgesetze“ in Wirklichkeit werth ist, vor aller Welt erbracht werden.

Mit Freuden sehen wir, daß unsere sächsischen Freunde durch die Bekanntgabe des Wahltermins wie durch ein Schlachtsignal zu reger und begeisterter Thätigkeit angespornt worden sind.

Sie haben eine harte Arbeit vor sich. Es ist nicht leicht, den Ekel der Massen vor einem Wahlgesetz zu überwinden, das die direkte Bekundung des Volkswillens verbietet und der Stimme des Wählers aus dem arbeitenden Volk weit weniger Gewicht giebt, als der des Reichen. Aber der Handschuh ist aufgehoben — der Kampf muß ausgekämpft werden.

Das neue verschlechterte Wahlgesetz hat für die dritte Klasse keinen Jenseus — jeder Arbeiter, der sächsischer Staatsbürger ist, hat das Recht, in der dritten Klasse zu wählen, und zwar in geheimer Wahl. So haben wir eine treffliche Gelegenheit, in den Landtagswahl-Kreisen, wo gewählt wird — d. h. in einem Drittel der Gesamtheit — eine Heerschau abzuhalten, die Stimmen der Unrigen zu zählen und die gegnerischen Wahlmänner aus der dritten Klasse hinauszuerwerfen, auf daß die Abgeordneten von vornherein als Vertreter nicht des Volks, sondern nur der Besitzenden und Reichen gebrandmarkt werden.

Die Gelegenheit muß benutzt werden. Alle Bedenken haben zu schweigen, es heißt: kämpfen.

Es ist ein schwerer Kampf. Unsere sächsischen Genossen werden jedoch die Schwierigkeiten, die im Wege stehen, zu überwinden wissen; und die erste Wahl unter dem „Angstprodukt der sächsischen Reaktion“ wird — wir bezweifeln es nicht — sei das Endergebnis, welches es wolle, ein Triumph sein der Sozialdemokratie.

Glück auf den sächsischen Parteigenossen!

Aus Indien. Die Engländer haben an der Nordwestgrenze einen sehr harten Stand — das wird von der englischen Presse rückhaltlos zugegeben. Die Regierung Indiens hatte momentan den Kopf offenbar verloren. Sie fürchtete den Bruch mit dem Emir von Afghanistan und glaubte, vermittelt goldener Schlüssel die Presse sich wieder öffnen zu können. Der Vormarsch der Truppen wurde so unterbrochen. Die Bergvölker machten sich dies zu Nutz und einige englische Vorwerke gingen verloren. Jetzt scheinen die Engländer aber kräftig vorzugehen. Die neueste Depesche lautet:

Simla, 15. September. Der Polizeiposten Sarbargarti in den Samana-Bergen, der kürzlich von Feinde erobert wurde, ist von der Kolonne des Generals Yeatman Wigg wieder erstickt worden. Der Feind ist aus den Forts Lohhart und Gulistan vertrieben und von der englischen Artillerie gesprengt worden.

Das sind Erfolge, die jedoch nicht überschätzt werden dürfen. Die Zahl der Aufständischen wird auf 30-40 000 geschätzt; sie sind tapfer und wohlbewaffnet — wenn auch nicht mit Gezeichnet neuester Konstruktion — und sie haben das für den Gebirgskrieg gegen Truppen günstige Terrain der Welt. —

Deutsches Reich.

— Ein merkwürdiges Dementi veröffentlicht die „Nordd. Allg. Zeitung“ an auffälliger Stelle und in auffällender Schrift:

„Vor kurzem ging die Mittheilung durch die Presse, Sr. Maj. der Kaiser habe bei einem Besuche des industriellen Werkes Sauchhammer mit bezug auf seine russische Reise geäußert: „Dort haben wir nach meiner Ueberszeugung die Sahne abgeschöpft.“ Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, hat der Kaiser eine derartige Aeußerung niemals gethan.“

Warum dieses Dementi so spät kommt?? —

— In den Ueberschwemmungsgebieten set die engbrüsig Finanzpolitik eine Drachensaat. Immer allgemeiner wird die Unzufriedenheit darüber, daß die preussische Regierung sich auf lächerlich geringfügige Geldspenden gegenüber dem namenlosen Elend beschränkt hat. Wie groß diese Erbitterung sein muß, geht schon daraus hervor, daß „National-Zeitung“ und „Deutsche Tages-Zeitung“ aus diesem Anlasse in scharfster Weise die Regierung angreifen. —

— Gegen den drohenden Heringszoll haben wir uns selbstverständlich gewandt. Weit über die sozialdemokratischen Kreise hinaus geht die Entrüstung über diesen neuesten Plan, eines der wichtigsten Volksernährungsmittel, versehen zu lassen. Jetzt scheint man auf einem Umwege den Zoll für einen Theil der bisher kollektiven Heringszufuhr durch Verwaltungs-Verordnung schaffen zu wollen.

Es wird nämlich von einer Umfrage des preussischen Handelsministeriums berichtet, aus der sich die Absicht ergibt, frische, leicht gefalgene Heringe fortan als gefalgene Heringe in nicht handelsmäßiger Verpackung anzusehen und dafür den Zoll von 2 Mk. für den Doppelzentner zu erheben.

Wenn die Regierung beabsichtigen würde, ihren Gegnern die Wahlagitation nach Kräften zu erleichtern, könnte sie nicht raffinierter vorgehen. —

— Die Berufung von Julius Wolf. Der „Berliner Korrespondenz“ zufolge ist der bisherige ordentliche Professor an der Universität Zürich, Dr. Julius Wolf, zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität Greifswald er-

naunt und in gleicher Eigenschaft in die philosophische Fakultät der Universität Breslau versetzt worden.

Die offizielle Korrespondenz beschäftigt bloß eine von uns vor vielen Wochen gebrachte Meldung.

Eisenbahn-Unfälle ohne Ende! Aus Stendal wird amtlich gemeldet: „Diese Nacht kurz nach 1 Uhr ist der Güterzug 811 auf den vor hiesigem Bahnhof haltenden Güterzug 868 aufgefunden. Vom Zuge 868 ist ein Packwagen mit einer Achse entgleist; ein beladener und zwei leere Wagen sind zertrümmert, drei Wagen entgleist und unerschütterlich beschädigt. Vom Zuge 811 ist die Maschine mit einer Achse entgleist und dieselbe sowie der Packwagen beschädigt. Der Schlußbremser des Zuges 868 ist schwer verletzt. Verfehr findet statt durch Umleitung der Züge bezw. Umlegen der Reisenden. Die Sperrung der Strecke Stendal-Neuzin ist 10 Uhr vor-mittags behoben. Der Unfall ist veranlaßt durch den Blockwärtter der Strecke Stendal-Neuzin in Bude 2, welcher fährt für Zug 811 gab, ohne Nachmeldung des Zuges 868 von Stendal abzuwarten. Derselbe war nach vorausgegangenem zwifftändiger genügender Ruhe sieben Stunden im Dienst.“

Der Schlußsatz der amtlichen Mitteilung zeigt, wie besiffen die Behörde ist, die Schuld an den Unfällen auf die Unterbeamten abzuwälzen. Wir sind jedoch nach den Vorkommnissen der letzten Zeit gegen die Entschuldigungsversuche der Eisenbahn-Verwaltungen zu mißtrauisch geworden, als daß wir uns mit dieser amtlichen Erklärung ohne weiteres abfinden lassen könnten.

Eine Versammlung höherer Postbeamten findet, wie der „Kölnischen Zeitung“ gemeldet wird, in den nächsten Tagen zur Vernehmung schwerverdächtigter Fragen in Berlin statt.

Bei der gestrigen Eröffnung der Reichstags-Wahlkreise Kennath-Kenstadt a. d. Waldnaab sind, wie die „Nürnberger Volkszeitung“ meldet, bis gestern Abend für Dr. Heim (Centr.) 6681 und für Breder (Sozialdem.) 768 Stimmen gezählt worden.

Das ist noch nicht das endgiltige Resultat. Bei der 1893er Wahl erhielt der Zentrumskandidat 7315 und der Sozialdemokrat 1896 Stimmen. Ein nationalliberaler Kandidat hatte 1741 Stimmen.

Die Nationalliberalen in Preußen stehen mit den Konservativen noch auf recht gespanntem Fuße. Für den erledigten Landtags-Wahlkreis Halberstadt-Oschersleben-Bernburgerode hat die konservative Partei dem nationalliberalen Wahlverein den Vorschlag gemacht, das Mandat einem Konservativen zu überlassen, wogegen die konservative Partei angeblich bei der nächstjährigen Reichstagswahl auf Aufstellung eigener Kandidaten verzichten und den nationalliberalen unterstützen wolle. Der nationalliberale Wahlverein hat jedoch dieses Anerbieten einstimmig abgelehnt. Die „Magd. Zig.“ bemerkt dazu: „Mit Rücksicht auf die jegliche politische Lage wird der obige Beschluß der Nationalliberalen gewiß bei allen liberalen Wahlmännern vollste Zustimmung finden.“

Bestimmten möchten wir bei der Gelegenheit, daß hier die Vereinsvorsitzenden der beiden hervorragenden „Ordnungs“-Parteien ungeniert mit einander in Verbindung getreten sind. Das sollten mal sozialdemokratische Vereine rühten!

Bismarck fährt fort, die Konservativen zu ärgern. Er nimmt nicht nur nichts zurück von den scharfen Worten, die er ihnen gesagt hat, sondern läßt in den „Hamb. Nachr.“ an der Hand einer seiner Reden vom Jahre 1891 zeigen, daß er schon damals genau so über die Zentrums- und Landratspartei gedacht habe. Die „Kreuz-Zeitung“ wiederholt daraufhin ihre Verhöhnungsbezeichnungen gegenüber dem Ex-Kanzler, hält aber die „verlegende Kritik“ nicht für gerechtfertigt.

Katholizismus und Protestantismus. Das „Berliner Volksblatt“ für die evangelische Kirche des Großherzogthums Hessen veröffentlicht ein Aufschreiben des großherzoglichen Oberkonsistoriums an die evangelischen Pfarrämter. Es heißt darin mit Bezug auf das bevorstehende Reformationsfest:

Papst Leo XIII. hat aus Anlaß des Canisius-Jubiläums ein Rundschreiben an die Erzbischöfe und Bischöfe Deutschlands, Oesterreichs und der Schweiz erlassen, in welchem er die Reformation und die Reformatoren in einer Weise verunglimpft, wie es in solchen amtlich an die Katholiken Deutschlands gerichteten Veröffentlichungen wohl noch nicht geschehen ist. Er läßt in demselben Unterwerfung die Fahne des Aukrubs erheben, spricht von einer durch „den Irrthum“, das heißt dem Zusammenhang nach; die reformatorische Lehre, eingetretene Steigerung der Sittenverderbnis „bis zum äußersten“ und von einem „unheilvollen Gifte“, das sich fast durch alle deutschen Länder verbreitet habe u. s. w. Gegen ein solches Vorgehen, das wir Evangelische als eine Beschimpfung empfinden, und aus dem sicherlich nur unheilvolle Früchte entspringen werden, fühlen wir uns als berufene Hüter des Rechtes der evangelischen Kirche in unserem Lande gedrungen, hierdurch ein öffentliches Zeugnis abzulegen, und dies um so mehr, als wir wissen, daß die gegen die Reformation und damit auch gegen die Kirche der Reformation gerichteten Beschuldigungen ungerecht und vollständig unbegründet sind.

Wie das Geschimpfe der beiden Konfessionen gegen einander sich mit der christlichen Liebe zusammenreimt, überlassen wir den katholischen und evangelischen Theologen zur Beurtheilung. Erfreulicherweise kümmert sich die große Zahl der heutigen Massen um das alte Kirchengegäß nicht mehr.

Die „Deutsche Tageszeitung“ entrüstet sich darüber, daß jemand, der in der Nothwehr das Messer gebraucht hat, vom Leipziger Landgericht freigesprochen worden ist. Das Blatt fügt dieser Mitteilung hinzu: „Der Gebrauch des Messers sollte nicht nur von der öffentlichen Meinung, sondern auch von den Gerichten als eine vöthliche Nothwehr deutlich und allgemein gebraucht werden. Wir halten nach wie vor die Humanitätsduselei solchen Wurzeln gegenüber für einen Unfug und die Prügelstrafe für die angemessenste Ahndung in vielen, wenn nicht den meisten Fällen.“

Wir erinnern uns nicht, daß die Wünderzeitung jemals ähnliche moralische Entrüstung gegenüber den Duellanten gezeigt hätte, die mit klarem Bewußtsein, also mindestens ebenso „vöthlich roh“ wie der Messerheld Menschenleben vernichten.

Mandover-Gewisse. Wie der Bremerdehmer „General-Anzeiger“ meldet, sind vom 17. bayerischen Infanterie-Regiment während der „Kaisermandover“ 172 Mann in das Bremerdehmer Garnisonlazareth überführt worden.

Wenn diese Nachricht auf Wahrheit beruht, so zeigt sie, daß die Truppenführer noch bei weitem mehr Acht auf die Erhaltung der Gesundheit der Soldaten für die Zukunft geben müssen. Derartige Massenerkrankungen sind denn doch wohl die heurigen Prunkmandover nicht werth.

Aus Elmshorn wird berichtet: Der Regierungspräsident zu Schleswig hat den Rücktritt des Bürgermeisters Thomßen, der wegen seiner Streitigkeiten mit dem Amtsrichter v. Köster bekannt geworden ist, von seinem Posten unter den von den kaiserlichen Kollegien beschlossenen Bedingungen genehmigt. (Volles Gehalt bis Schluß dieses Jahres, vom 1. Januar 1898 ab jährlich 2250 M. Pension.) Nach unserer Auffassung hätte der würdige Herr Bürgermeister etwas anderes verdient als diese gnädige Abhiebung.

Für die sächsischen Landtagswahlen haben die Parteien ihren Aufmarsch nunmehr vollzogen. Der Kränzel des alten Kartells hält auch bei dieser Wahl ziemlich zusammen. Die antisemitischen Reformen sind im Kartell nicht eingeschlossen, und sie versuchen in sieben Wahlkreisen durch Sonderkandidaturen ihr Glück, indem sie die Geschlossenheit der „Ordnungsparteien“ zu sprengen suchen. Die freisinnige Volkspartei, welche vor kurzer Zeit noch mit stolzen Worten von ihrem Wahlselbzuge sprach, hat es bis jetzt zu einem einzigen Kandidaten gebracht, und zwar in Plauen (23. sächsischer Wahlkreis), wo dem bisherigen nationalliberalen Fabrikbesitzer Keilner der freisinnige Kaufmann Günther entgegen-gestellt wurde. Vom sächsischen Kammerfortschritte kandidiren zwei

Angehörige, unterstützt vom Kartell; merkwürdigerweise hat aber im 9. ländlichen Kreise dem fortschrittlichen der Bund der Landwirthe einen eigenen Kandidaten gegenübergestellt. Der Kandidat des bisher fortschrittlich vertretenen 7. ländlichen Kreises hat seine künftige Parteistellung noch nicht erklärt. Außerdem bestehen noch 18 konservative Kandidaturen. Ueber die Thätigkeit unserer Parteigenossen berichten wir schon mehrfach.

Tredden, 15. September. (Sig. Ber.) Eine Konferenz über die Entschädigungsfrage der vom Hochwasser Geschädigten, an welcher einige Gemeindevorstände, Minister und Landtags-Abgeordnete (nur „Ordnungs“-parteiliche) theilnahmen, hat kürzlich hier unter Ausschluß der Öffentlichkeit gelagt. Daß man über Dinge, welche das ganze sächsische Volk interessieren, solche Geheimniskammer treibt, ist recht bezeichnend. Man scheint aber doch endlich einzusehen, daß es ohne energische staatliche Unterstützung nicht abgehen wird. Selbst der bekannte Hofrath Mehnerl wies darauf hin, daß die vorige Kammer des Landtags wahrcheinlich nachträglich noch 10-15 Millionen von der Regierung verlangen würde zu Unterstützungszwecken. Warum beruft man aber den Landtag nicht ein? Wie kann die Regierung unter solchen Umständen erklären, daß dies nicht notwendig sei, wenn diese Nothwendigkeit jetzt selbst von den regierungsfreundlichen Abgeordneten indirekt zugestanden wird. Man befolgt aber die alte Methode: alle Anregungen, die von Sozialdemokraten ausgehen, werden ignoriert, mögen sie noch so zweckentsprechend sein.

Noch ein recht sächsisches Vorkommniß habe ich zu berichten. In der benachbarten Vorgemeinde Gotta hat der Gemeinderath vor Kurzem beschlossen — gegen die Stimmen der sozialistischen Vertreter natürlich — die Schynleute mit Revolvern und Gummischläuchen zu bewaffnen. In diesem Punkte war man uns allerdings in Preußen bis jetzt noch über. Auch vermehrt hat man in dieser Gemeinde die Schynmannschaft. Und warum? Weil jetzt so viel Czechen hier sind und diese angeblich der Polizei so furchtbar viel zu schaffen machen. Und um den Faden weiter zu spinnen, warum mehren sich die Czechen Standale jetzt so? Weil diese Leute von der bürgerlichen Presse direkt provozirt und die deutschen Arbeiter auf ihre böhmischen Arbeitsbrüder gehetzt werden! So ist es nicht nur hier, sondern überall in Sachsen. Dabei vergeht fast kein Tag, wo nicht ausländische Arbeiter importirt werden, da man ausnahmsweise viel Arbeitskräfte an den Bahnbauten der durch Hochwasser beschädigten Strecken gebraucht. Erst werden die Leute unter den süßesten Versprechungen herangelockt nach Sachsen, wenn sie da sind, werden sie verhöhnt und beschimpft, und wenn dann diese Arbeiter, die ja wohl auch Menschen sind, sich dagegen — vielleicht manchmal in einer etwas unwürdigen Weise, wie es in ihrem Naturell liegt — wehren, schlägt man sie einfach nieder. Das ist „Ordnungs“-brüderliche Konsequenz!

Duellchronik. In Gießen fand am Mittwoch Vormittag ein Duell auf Pistolen statt. Einer der Gegner soll schwer verletzt sein.

Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Das beschlagene Flugblatt: „An die Mitglieder und Wähler im Wahlkreise Frankfurt“, welches nach Ansicht der Staatsanwaltschaft eine Majestätsbeleidigung enthalten sollte, ist nun, nachdem durch Gerichtsbeschlüß, wie bereits mitgeteilt, die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen den Verfasser und Herausgeber, sowie den Drucker, die Genossen Wilhelm und Benno Schmidt, abgelehnt wurde, durch einen weiteren Beschluß des Frankfurter Landgerichts vom 8. September auf Antrag des Staatsanwalts wieder freigegeben worden.

Nach weiteren Nachrichten aus Neu-Guinea war der Mörder des stellvertretenden Landeshauptmanns v. Hagen ein flüchtiger eingeborener Sträfling, der bei seiner Verfolgung durch v. Hagen diesen erschöpfte.

Oesterreich.

Wien, 14. September. Die liberalen Gemeinderäthe, welche mehrere Monate den Sitzungen des Gemeinderathes fern geblieben waren, nahmen heute zum ersten Male wieder an der Sitzung theil. Auf eine Anfrage der liberalen Gemeinderäthe über die von den Zeitungen (auch von uns) gemeldete Entlassung provisorischer Unterlehrer erklärte Bürgermeister Dr. Luger die Meldung für richtig. Die Entlassung sei erfolgt, weil der Bezirks-Schulrath als staatliche Schulbehörde nicht zugeben könne, daß christliche Kinder von religiöser, staats- und nationalfeindlichen Lehrern unterrichtet werden.

Laiisch, 14. September. Am heutigen von etwa 1700 Delegierten aus Oesterreich, Kroatien, Slowenien und Dalmatien besuchten Allgemeinen Slovenenkongress nahmen auch czechische und ruthenische Abgeordnete theil. Der Jungczech Stranßky sagte, der deutschen Gemeinbürgerschaft müsse die slowenische Liga entgegengeteilt werden. Der Mathemathiker Barwinski begrüßte die Versammlung in ruthenischer Sprache. Es sprachen noch zahlreiche Abgeordnete, die über die Nichtberück-sichtigung der Slovenen klagen und die bekannten Forderungen der Slovenen wiederholten. Der Kongress nahm folgenden Beschluß an: Der Südslavenbund billigt die Haltung der sächsischen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus und fordert sie auf, in der Mehrheit zu verbleiben, so lange ihr Programm von der Mehrheit unterstützt wird. Ferner wurden u. a. Resolutionen angenommen, in welchen die Durchführung vollständiger Gleichberechtigung in Amt, Schule, Verwaltung, Landesvertretung u. s. w. gefordert wird.

Ungarn.

Budapest, 15. September. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Gegenüber den von antisemitischer Seite aufgebracht und ungeheuer aufgedunsenen Gerüchten von geplanten sozialdemokratischen Demonstrationen anläßlich der Ankunft Kaiser Wilhelms II. nach Budapest läßt die hier ihren Sitz habende Zeitung der ungarländischen sozialdemokratischen Partei erklären, daß diese Gerüchte nichts anderes als müßige Kombinationen sind, daß sie ernste Bestrebungen verfolge und mit der Vorbereitung von Straßen-Standalen nichts zu thun habe.

Budapest, 15. September. Am Tage vor der Ankunft des deutschen Kaisers findet eine große sozialdemokratische Demonstration für das allgemeine Wahlrecht statt. Derselbe wird in einem Umzuge durch die Stadt und in einer Volksversammlung im Budapest Stadtwaldchen (ein großer Garten wie der Berliner Thiergarten) bestehen.

Budapest, 15. Sept. Der Nothstand im Torontaler Komitat ist infolge der diesjährigen schlechten Ernte ein ganz enormer. In der Komitatsregierung berichtete der Finanzdirektor, daß die rückständigen Steuern der Bauern sich auf 8130000 Gulden belaufen. Die Exekutionen wurden wegen der verzwiefelten Lage der Bauern eingestellt.

Schweiz.

Bern, 14. September. Der Bundesrath beantragte bei der Eisenbahn-Rückkauf-Kommission des Nationalrathes die unveränderte Annahme des Beschlusses des Ständerathes, welcher von dem Bund die Förderung des Baues einer Alpenbahn in der östlichen Schweiz verlangt. Dagegen wünscht der Bundesrath die Anregung zur Unterstüßung der Graubündener Thalbahnen und der Aidenbahn (einer Verbindungslinie zwischen St. Gallen und dem St. Gotthard) nicht in dem Rückkaufgesetz aufgenommen zu sehen. Er beantragte, die Nebenbahnen nicht in die Verstaatlichungs-Aktion mit einzubegreifen, sondern die Anregung, im Rückkaufgesetz die Ausstüßung oder die Subventionirung weiterer normalspuriger Nebenbahnen zuzusichern, abzulehnen. Der Bundesrath beantragt ferner die Annahme des Artikels betreffend die Zustüßung des Simplon-Durchstiches in der vom Ständerath beschlossenen Fassung. Auch einigen von der Kommission in Aussicht genommenen Abänderungen in der Organisation der Verwaltung der Bundesbahnen stimmt derselbe zu, beantragt jedoch die Ablehnung der auf Dezentralisation hinstellenden Anträge von Curti-St. Gallen und Schöbinger-Luzern.

Frankeich.

Paris, 14. September. Einer Meldung des „Journal des Débats“ zufolge entschied die Kullagelammer entsprechend den Anträgen der Staatsanwaltschaft, die Angelegenheit der neun in der Arton-Affäre beschuldigten gegenwärtigen und früheren Deputirten vor das Schwurgericht zu verweisen.

Paris, 14. Sept. (Sig. Bericht.) Die Regierung bereitet sich fröhlich für die Kammerwahlen vor. Das ist der Sinn der wichtigen Verhandlungen im Präfekten-Personal, welche im gestrigen Ministerath beschlossen wurden. Die Liste der Auserwählten, Versetzungen, Beförderungen und Ernennungen umfaßt nicht weniger als 128 Namen von Präfekten, Generalsekretären der Präfektur und Unterpräfekten, und das trotzdem der Polizeiminister Darboux bereits wiederholt das Präfektenpersonal durcheinander geschüttelt hat. Nun ist der ganze Polizeimechanismus nach den Wünschen der Ministerialen und Monarchisten umgestaltet. Die paar Präfekten, welche aus alter Gewohnheit oder aus Rücksicht auf eine Ministerkrise die Begünstigung der Monarchisten auf Kosten der regierungsfähigen Kandidaten nicht mit vollem Herzen betrieben haben, sind austrangirt und die für die Wahlmacht wichtigsten Kemter der Unterpräfekten mit einer langen Reihe neuer Kreaturen nach dem Ebenbild der Herren Parthon und Meline besetzt worden. Selbst der „Figaro“, das offizielle monarchistische-kerisale Boulevard-Blatt, welches wochenlang gebieterisch eine gründliche „Säuberung“ des Beamtenpersonals forderte, ist nun zufrieden. Das Polizeigehirn der Staatsämter vom „Figaro“ erwartet Wunderwirkungen vom amtlichen Wahlrecht.

In der Brotfrage beharrt Meline nicht nur auf seinen Getreidegößen, sondern er verhindert auch den Pariser Gemeinderath an einer wirksamen Vinderung der Broththeuerung in der Hauptstadt. Die vom Gemeinderath verlangte Einberufung einer außerordentlichen Session zu diesem Zwecke wurde abgelehnt. Der Brothvertheurer hat sich darauf beschränkt, die Verabsolung eines Extra-Minuscens von 200 000 Fr. aus den Mitteln der Pariser öffentlichen Wohlthätigkeits-Kasse zu gefahnen. Die Pariser arbeitende Bevölkerung, die nun einmal unweiblich sozialistisch oder radikal wählt, braucht ja nicht gehöhnt zu werden.

Ueber die französischen „Anarchisten“ schreibt der Pariser Korrespondent der „Kreuzzeitung“:

Die französischen Anarchisten, die in verschiedene Gruppen zerfallen, nähern sich sichtlich den Sozialisten. Zwar nicht den Kollektivisten, die ihre Entfernung aus dem Londoner Kongress durchsetzten, aber den Blanquisten, denen ihre Unterstüßung bei den allgemeinen Wahlen hochwillkommen ist. Der Vorgang ist insofern ein erfreulicher, als er zeigt, daß die Propaganda durch die That, der Erfolg des Stimmzettels durch das Dynamit unter dem Druck der ihnen entsetzten feindlichen öffentlichen Meinung die Bedeutung verloren haben, welche sie in den Augen der alten anarchischen Garde eines Reclus, einer Louise Michel u. hielten. Ein bereicherter Beweis für die Richtigkeit dieser Beobachtung ist es, daß die der Gaunerprache entsetzten Namen, welche sich die einzelnen anarchischen Gruppen beigelegt hatten, wie „Vanthor“, die „Unbeglückten“, die „Nächter Navachols“ in der Lesart verschwunden und durch zahlreichere Namen wie „Liber-taire“, „Anliegenstümer“, „Monoklasten“ und „Naturiens“ ersetzt worden sind. Der verhältnismäßig gemäßigte „Libertaire“, das Organ von Sebastian Faure, dem unermüdlichen anarchischen Wanderprediger, der in dem Zusammelhalt der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung mit seinen Reden ein erfreulich regelmäßiges Jahresertrömmen von 80 000 Franken erzielt, hat den wuth- und blutschnauaubenden „Pöbe-Beinard“ aufgefunden und ist das Hauptorgan einer Partei geworden, welche ihre Ziele mehr und mehr auf gesetzlichen Wegen zu erreichen trachtet.

So der Korrespondent der „Kreuz-Zeitung“, dem König Stamm nicht dankbar sein wird, daß er das grimmige Polizeigespenst des Anarchismus so wenig respektirt. Redigirt nimmt er die handvoll französischen „Anarchisten“ immer noch zu ernst. Nach Abzug der Loosspiel sind's lauter harmlose Leute, und deren sehr wenige.

Dem König von Siam hat Präsident Faure bei Saint Quentin die Mandoverübungen gezeigt. Bei der üblichen Frühstückstafel brachte Faure einen Trinkrath auf die asiatische Majestät aus. Diese erwiderte, sie habe sich sehr gefreut, sich von der Schlagfertigkeit und der Disziplin der Truppen überzeugen zu können. Der König trank sodann auf die französische Armee.

Dies zeigt recht nett, was königliche Trinkprüche bedeuten. Keine Armee hat bekanntlich dem Königreich Siam unangenehmere Stunden bereitet, keine ist ihm für die Zukunft gefährlicher als die französische. Dies hindert aber nicht, daß der böhsche Hinterindier sich über ihre Schlagfertigkeit freut und auf ihr Wohl trinkt. Europa's Höflichkeit hat weithin Schule gemacht.

Rußland.

Der Gegensatz zwischen Russen und Polen in Rußland-Polen ist durch die Schmelzversuche des jüngsten Zaren ebenso wenig gemildert worden, wie durch die seiner Vorgänger. Wo ein so tiefer, blutgefähter Abgrund, wie zwischen diesen zwei Völkern gäbnt, da giebt es keine Versöhnung — wenigstens nicht, so lange das heutige Rußland dauert. Die Franzosen, welche jetzt Rußland als „Militär“ und Schwarzer des Jaren-thums bereisen, hatten dieser Tage Gelegenheit, sich hiervon zu überzeugen. Wie der ultra-Gaumnitischen „Patrie“ von einem ihrer Korrespondenten in Rußland geschrieben wird, hatte eine französische Schauspielerin am Theater von Warschau, angeleitet von dem Kunstliebhaber, das so viele ihrer Landleute ergriffen hat, längst den unglücklichen Gedanken, auf der Bühne ein nationa-l-russisches Lied zu singen. Die Wirkung war, daß die bis dahin sehr beliebte Künstlerin vom Publikum die lebhaftesten Zeichen der Mißbilligung erhielt und — da sie keine Zuhörer mehr fand — ihre Rolle aufgeben mußte.

Das ist bezeichnend. Ob die Franzosen sich bei dieser Gelegenheit erinnern werden, daß sie einst für das „unglückliche, unterdrückte Polen“ geschworen haben?

Odeon, 15. September. Die abessynische Gesandtschaft unter Deontiew ist auf ihrer Reise nach Petersburg gestern hier eingetroffen; dieselbe überbringt von Menelik Geschenke und ein Schreiben an den Kaiser von Rußland sowie ein Schreiben an die Kaiserin-Witwe von Rußland, in welchem Menelik derselben für die Entsendung der Abtheilung des russischen Nothen Kreuzes nach Abessynien seinen Dank ausspricht.

Diese Gesandtschaft legt einen neuen Beweis ab für die guten Beziehungen zwischen Rußland und dem Herrscher von Abessynien. Die russischen Bemühungen, in Ost-Afrika Einfluß zu gewinnen und ein Gegengewicht gegen England zu bilden, haben bedeutenden Erfolg gehabt.

Griechenland.

Aus Athen berichtet der Athener Korrespondent der „Daily News“, er könne bestimmt versichern, daß König Georg beabsichtigt, nach Unterzeichnung des Friedens eine Rundgebung an das griechische Volk zu erlassen, durch welche die Nationalversammlung aufgefordert werde, über Mittel zur Abhilfe der unbefriedigenden Lage des Landes zu berathen.

Amerika.

New-York, 15. September. Aus kubanischer Quelle wird gemeldet, eine spanische Kolonne sei in die Pflicht geschlagen und ein spanischer Eisenbahngang von den Insurgenten aufgehalten worden. Die spanischen Soldaten seien vollständig entmuthigt und unter ihnen herrsche in hohem Grade das gelbe Fieber. Bei Grabura sei mittels Dynamit ein spanischer Militärgang zum Entgleisen gebracht worden. Die Spanier werden sich wohl mit dem Verlust der „Perle der Antillen“ vertraut machen müssen.

Ueber die Arbeitermeuterei in Pennsylvanien, dem klassischen Staat der Arbeitermeuterei, schreibt das New-Yorker Bureau weiter d. d. Hagleton, 12. September:

Eine große Anzahl Bergleute wollten gestern nach Baltimore marschieren, um ihre dortigen Kollegen zu veranlassen, sich an dem Ausstände zu beteiligen. Vor Baltimore trat ihnen der Sheriff der Grafschaft Luzerne entgegen. Er hatte eine Menge Hülfsheriffs beieinander lassen, die den Bergleuten den Weg versperrten. Dann forderte der Sheriff die Aufmärsche auf, auseinander zu gehen. Die Arbeiter machten Halt, gingen aber nicht von der Stelle. Daraufhin verließ der Sheriff die Aufmärsche. Die meisten Bergleute haben sie gewiß nicht verstanden. Es ist zweifelhaft, ob überhaupt einer von ihnen Englisch verstand. Sie lauerten schweigend der Rede des Sheriffs. Als er geendet hatte, ließ sich ein leises Murren vernehmen. Dann wollten sie weiter vorwärts marschieren, als ihnen der Sheriff mit Donnerstimme gebot, zurückzuführen. Einen Augenblick später erhielt der Sheriff einen Schlag. (1) Dieses war das Zeichen für die Hülfsheriffs, in die Menge hineinzufeuern. Die Ausständigen waren völlig überrascht über das Vorgehen des Sheriffs und flohen nach allen Richtungen unter Hinterlassung vieler Todten und Verwundeten. Der Sheriff muß zugeben, daß die Arbeiter sich auf der öffentlichen Landstraße befanden und sich keinerlei Ungehörigkeiten schuldig machten, als er ihnen gebot, Halt zu machen. In einer Unterredung erklärte er, er habe überhaupt nicht den Befehl zum Schießen gegeben. Ein anderer habe es getan. Spuren von begangenen Gewaltthatigkeiten trägt der Sheriff nicht an seinem Körper. Ein Hülfsheriff aber hat einen Schuß in den Arm bekommen. Ein intelligenter ungarischer Bergmann, der mit dabei war, sagt, daß die Ausständigen durch die Hülfsheriffs durchzumarschieren versucht hätten, ihnen aber in keiner Weise zu nahe getreten wären. Sobald die ersten Schüsse gefallen wären, seien die Ausständigen geflohen. Die Hülfsheriffs aber fuhren fort zu schießen. Die Handlungsweise des Sheriffs wird allgemein verurtheilt. Gestern hielten die Bürger von Hazleton eine Volksversammlung ab und faßten Beschlüsse, in denen sie ihr Mitleid mit den ermordeten Arbeitern und deren Familien ausdrückten. Zugleich verlangten sie, daß der Sheriff und seine Hülfsheriffs in Anklagezustand versetzt werden. Die meisten Ausständigen sind Ungarn und Slovaken. Der Gouverneur von Pennsylvanien hat seine Reise in das Gebirge aufgegeben. Auf Veranlassung der ungarischen Gesellschaften ist ein Verhaftsbefehl gegen den Sheriff und 102 Hülfsheriffs erlassen worden. Die Anklage leitet der Präsident der St. George-Gesellschaft, der fast alle ermordeten Ausständigen angehöret. Zu den Hülfsheriffs gehört eine Anzahl der angesehensten Bürger Hazletons. Es heißt auch, daß verschiedene von den Ermordeten und Verwundeten brutal behandelt worden sind. Nicht Arbeiter werden noch vermisst. Heute Abend werden 2500 Mann Milizen und eine Batterie Artillerie in und in der Umgegend von Hazleton versammelt sein. Morgen wird Meiterei von Philadelphia eintreffen.

Die Ermordeten sind aber nicht wieder ins Leben zu rufen. Und nie ist ein schußförmiger Massenmord verübt worden.

Aus Montevideo erfahren die „Times“, die dortigen Banken seien bereit, der Regierung zur Bestreitung der dringendsten Bedürfnisse ein Darlehen von 500 000 Dollars vorzutreten. Dasselbe solle bis zum März 1898 zurückgezahlt und durch 700 000 Doll. Bonds der speziellen Kriegsanleihe, sowie 800 000 Dollars Aktien der Norddeutschen schiedergestellt werden. Präsident Cuevas habe angeboten, daß die Verwaltung seines Amtsvorgängers Vorba einen Fehlbetrag von über 6 Millionen Dollars hinterlassen habe, wozu noch die Folge der Revolution an die Regierung herantretenden Ansprüche zu rechnen seien.

Zu dem bevorstehenden Parteitag in Hamburg

nahmen am Dienstag Abend die Parteigenossen Berlin in sechs Parteiversammlungen Stellung. Ueber die Versammlungen liegen nachstehende Berichte vor:

Die Parteigenossen und Genossinnen im ersten Berliner Reichstags-Wahlkreis hatten sich zahlreich in den Kaminhallen versammelt. Den Bericht von der Konferenz gab Timm. In der Vorrede, daß die Mehrzahl der Parteigenossen der Konferenz als Zuhörer beiwohnten, andernfalls aber durch die sehr übersichtliche Darstellung der Verhandlungen im „Vorwärts“ von allem Wichtigen informiert sei, faßte der Berichtende nur kurz das Ergebnis der Konferenz zusammen. In der Diskussion kritisierte Zätkerow die geringfügigen Aenderungen Ledebour's über den ersten Kreis. Hierauf wurde Genosse Schurzer einstimmig in die Agitationskommission der Provinz Brandenburg wiedergewählt.

Zum Hamburger Parteitag lagen folgende Anträge vor:

1. Der Parteitag beauftragt die Parteileitung, gemeinsam mit der Fraktion eine geeignete Zeit für die Tagung des Parteitages vorzuschlagen, um dadurch den ländlichen, sowie den Industriearbeitern unserer Partei Gelegenheit zu geben, daran theilzunehmen; wir empfehlen die Weihnacht- oder Pfingstwoche.

2. In anbetragt, daß in der Partei über die Handels- und Zollpolitik verschiedene Meinungen vorhanden sind, erscheint es angebracht, auf dem Parteitag 1898 die Frage zu behandeln: Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zur allgemeinen Handels- und Zollpolitik.

3. Die Parteigenossen des ersten Wahlkreises beantragen: Der Beschluß des Parteitages vom Jahre 1891 betreffs Errichtung der Berliner Preßkommission möge folgende Fassung erhalten:

§ 17a der Organisation soll fortan lauten:

Zur fortlaufenden Kontrolle des Zentralorgans in lokaler und finanzieller Beziehung wählen die Parteigenossen Berlin und der Vororte eine Preßkommission, welche aus höchstens 2 Mitgliedern für jeden der beteiligten Reichstags-Wahlkreise bestehen darf.

Diese Preßkommission hat bei allen Dingen finanzieller Natur, bei allen Anstellungen in Redaktion und Expedition mit zu entscheiden.

4. Während der Wahlbewegung ist überall in eine wirksame Protestbewegung gegen das Dreiklassen-Wahlrecht einzutreten. Ueberall, wo durch die Beteiligung der Sozialdemokratie Einfluß auf die Gestaltung der Wahl vorhanden ist, sind sozialdemokratische Wahlmänner aufzustellen.

Zu Antrag 1, begründet durch Genossen Seiler, meldete sich kein Gegner; gegen eine Stimme machte ihn die Versammlung zu dem 2. Antrag 2 begründete Timm dahin, die Polemik zwischen Schippel und Parvus, beides Genossen, die ihren entgegengesetzten Standpunkt eingehend begründeten, lasse darauf schließen, daß unter den Genossen über die Handels- und Zollpolitik, die auch für unsere Partei von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit sei, verschiedene Meinungen herrschen. Es sei daher notwendig, daß sich der Parteitag 1898 mit der Frage eingehend befassen müsse. Gegner zu diesem Antrage fanden sich nicht, die Versammlung nahm denselben gegen eine Stimme an. Zu Antrag 3 begründeten Soyka und Timm den Standpunkt der Preßkommission, worauf derselbe gegen eine Stimme die Zustimmung der Versammlung fand. Antrag 4 rief noch einmal eine rege Debatte über die Art und Weise der Beteiligung an den Landtagswahlen hervor. Nachdem Timm den Antrag, ein Zusatzantrag zu der Resolution Stadthagen — begründet hatte, wurde die Resolution Stadthagen mit dem Zusatzantrag Timm gegen einige Stimmen angenommen. Als Vertreter der Genossen des ersten Berliner Wahlkreises wurden darauf die Genossen Arndt und Seiler nach dem Parteitag in Hamburg delegiert.

In dem zweiten Wahlkreise fand die Berichterstattung über die Provinzialkonferenz im großen Saale der Bockbräueri statt und war gut besucht. Das Bureau bildeten Arndt, Dohow und Dlynzorge. Der Vorsitzende Arndt leitete vor Beginn, da eine gewisse Fieberstimmung hinsichtlich der Wahlbetheiligungsfrage eingeleitet sei, die Redner möchten sich möglichst möglich und nicht wieder, wie am Sonntag, in Persönlichkeiten verfallen.

Den Bericht über die Brandenburger Konferenz giebt Genosse Ledebour. Die Rede Stadthagen's sei sehr gut gewesen, doch habe sie zu sehr den Eindruck einer Volksversammlungs- oder Agitationsrede gemacht. Gegen die Agitations-Kommission müsse man den Vorwurf erheben, daß sie ein passenderes Lokal zu den Verhandlungen hätte besorgen müssen. Der Vorsitzende habe nicht ganz die Fähigkeit gehabt, schwierige Verhandlungen zu leiten. Man solle sich bei der Vergebung solcher Posten nicht von Rücksichten der Parteifürsichtigkeit leiten lassen, sondern solle den tüchtigsten Mann nehmen, der zu haben ist. Auch die Mandatsprüfungskommission habe ihre Aufgabe nur unvollkommen geleistet. Der Redner geht sodann auf die auf der Brandenburger Konferenz eingebrachten Resolutionen ein. Die vom Redner mitunterzeichnete würde die Majorität erhalten haben, wenn sich nicht die Stimmen der Wahlbetheiligungs-Gegner zerplittert hätten. Zum Beispiel hätten die Vertreter von Berlin III und Teltow-Beeskow erklärt, sie hätten ein gebundenes Mandat und könnten davon nicht abgehen. Das sei falsch. Auch wenn man in der Sache ein gebundenes Mandat habe, müsse man doch in der Form freie Hand haben. — Aus dem Bericht des „Vorwärts“ über seine Rede habe er besonders eine Stelle zu vernehmen. Es heiße da, er hätte nichts gegen die Unterstüßung einer bürgerlichen Oppositionspartei. Er habe sich viel präzisier ausdrückt und gesagt, unter Umständen könne man ein Bündnis nicht von der Hand weisen; dies erfordere aber ganz bestimmte Voraussetzungen, welche Voraussetzungen in dem Satz des „kommunistischen Manifests“ ausgesprochen seien: „In Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolutionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchie, das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerzeit.“ Die Bourgeoisie trete aber heute eben nicht revolutionär auf, und er theile auch nicht die Hoffnung Schippel's, daß die Freisinnigen demokratischer werden. — Die Stellung Stadthagen's sei dem Redner unverständlich. Stadthagen bilde sich ein, Wahlbetheiligungsgegner zu sein, er rede aber für die Wahlbetheiligung, und auch der von ihm ausgehende Antrag, der angenommen wurde, laute für Wahlbetheiligung. Es sei eine Thorheit der Partei, daß sie sich in ihrer eigenen Organisation an die Wahlkreis-Geometrie der Regierung anklammere und bei unseren Kongressen den allergrößten Wahlkreisen nicht mehr Einfluß gewähre, als den kleinsten. Das Organisationsstatut bedürfe in diesem Punkte eine Aenderung. Gätten auf der Konferenz die Stimmen der hinter den Delegirten stehenden Wähler gezählt, dann wäre die Abstimmung gegen die Wahlbetheiligung ausgefallen. Jedenfalls bitte er die Wahlbetheiligungs-Gegner, ihrer Meinung treu zu bleiben, um sie vielleicht doch noch zum Siege zu führen.

Arndt weist darauf die Angriffe Ledebour's auf die Agitationskommission und den Vorsitzenden der Konferenz als unbedeutend zurück. Auch sei eine Präsenzliste ordnungsmäßig angefertigt gewesen, jedoch habe sie einer der auswärtigen Delegirten, der vorzeitig abreisen mußte, irrtümlich mitgenommen. An den unangenehmen Vorkommnissen auf der Konferenz seien viel die Berliner Genossen schuld, die die Diskussion unendlich in die Länge gezogen haben. — Zudeil schiebt die Schuld an den Vorkommnissen auf die Referenten, die zu lange gesprochen hätten. Die Berliner Genossen hätten ein volles Recht, auf der Konferenz zu reden und sich um die Dinge zu kümmern, weil sie auch die Kosten für die Agitation in Brandenburg fast allein trügen. Bei späteren Konferenzen müsse deswegen ebenfalls das größte Lokal genommen werden. Auch er halte an dem Bericht über seine Rede viel zu berichtigen. Er thue dies aber nie, weil er auf dem Standpunkt stehe, wer nicht in der Versammlung war, brauche auch nicht zu wissen, was dort geredet worden ist. Auch er verstehe Stadthagen nicht mehr. In seinen ersten Artikeln sei er gegen die Wahlbetheiligung gewesen, jetzt sei er aber nicht mehr. Die Gewährleistung, die Stadthagen in verschiedenen Punkten von den bürgerlichen Kandidaten verlangt, biete keine Sicherheit. Im Wahlkampf verspreche der Kandidat alles, was man von ihm verlange. Die Sozialdemokratie dürfe politische Thätigkeiten nur aus eigener Kraft ausüben; das haben die wirklichen Arbeiter unter den Parteigenossen stets erstrebt. — Es wird darauf die Redezeit auf 10 Minuten beschränkt.

Dr. Kronz findet die Fassung des Stadthagen'schen Antrages unglücklich. Von Mindestforderungen an bürgerliche Kandidaten sollten wir absehen, da sie gar keine praktische Bedeutung haben. Die Leute könnten alles versprechen und ihre Versprechungen auch halten, und doch würde nichts erreicht, weil alles, was das Abgeordnetenhaus beschließt, erst noch der Sanction des Herrenhauses und des Königs von Preußen bedarf. Höchstens könnte man die Leute veranlassen, gegen ihnen vorgelegte Verschlechterungen zu stimmen. Wenn wir bürgerlichen Kandidaten unsere Stimme geben, dann thun wir es deshalb, weil wir wissen, daß sie von sich aus für gewisse Dinge eintreten. Redner ist der Ansicht, daß wir unter günstigen Umständen auch einige Sozialdemokraten ins Abgeordnetenhaus bekommen können. — Stadthagen wendet sich gegen Zudeil und erklärt, schon in seinen ersten Artikeln über diese Fragen auf seinem heutigen Standpunkt gestanden zu haben. Er verliest den Schluppsatz aus seinem Artikel im „Vorwärts“ vom 25. Juli 1897, der wörtlich die auf der Provinzial-Konferenz angenommene Resolution enthält. Der Redner kommt dann auf eine Versammlung vom Juni dieses Jahres zu sprechen, in der sich Ledebour als Diskussionsredner für die Wahlbetheiligung ausgesprochen habe. Ledebour ruf: „Das ist unaufrichtig!“ Er, Redner, sei ein entschiedener Gegner der offiziellen Wahlbetheiligung, aber man dürfe den Preußen das Wählende auch nicht direkt durch Parteitagbeschlüsse verbieten. Wenn einem Stimm oder Kandidat gegenüber ein Mann stehe, der für allgemeines Wahlrecht, gegen Ausnahmestimm, Gesetzesverschlechterungen etc. ist, dann sei es politischer Selbstmord, wenn man diesen letzteren nicht wählen wolle. Durch Stimmenthaltung würde man dann für den Ausbeuter, den Kornwucherer etc. stimmen. — Thomä verwahrt sich gegen den Vorwurf Ledebour's, er habe die Versammlung schlecht geleitet. An der Erschwerung der Leitung habe Ledebour durch Zwischenrufe etc. nach Kräften mitgewirkt.

Richard Fischer fährt unter anderem aus: Wenn wir freisinnigen oder anderen bürgerlichen Kandidaten unsere Stimme geben, dann betrauen wir sie damit noch nicht mit unserer Vertretung in Landtage. Wir wissen, daß der Freisinnige unser Gegner bleibt, aber wir wissen auch, daß er in gewissen Fragen aus Selbsthaltungsgründen gegen die Absichten der Regierung austreten muß, und wir geben ihn deshalb dem noch schlimmeren Gegner vor. Es man den ganz Reaktionsären in das Parlament kommen läßt, wählt jeder lieber einen freisinnigen oder antipositionellen Kandidaten, der, wenn auch ein Gegner, so doch das kleinere Uebel ist. Sie geben das für den Einzelnen zu, warum nicht auch für die Partei? Ob ich mich ganz wehros in die Hände des Feindes begeben, nehme ich auch die schlechte und stumpfe Waffe, um mich zu wehren. In solcher Zwangslage befindet sich die Partei. Manches kann solches Stärken der Regierungs- und Reaktionsgegner doch erreichen. Wir hätten vielleicht heute Abend nicht die Möglichkeit der Berathung hier, wenn der Entwurf des preussischen Vereinsgesetzes Gesetz geworden wäre. — Auch dann, wenn wir Kompromisse machen, bleiben wir uns des Kampfes, den wir zu führen haben, bewußt. Das trennt uns von der ganzen bürgerlichen Welt. Wenn die Betheiligung an den Landtagswahlen gleichbedeutend wäre mit der Aufgabe des Kampfes, dann hätten die Betheiligungsgegner recht. Aber es handelt sich lediglich um eine Frage der Taktik. Die Regierung versucht, die Behandlung einer Anzahl von Fragen in den Landtag zu verlegen, weil sie glaubt, dort eine günstige Majorität zu finden. Wenn sie das Spiel im Reichstag verloren giebt, dann sollten wir gerade deswegen versuchen, unseren Einfluß auch auf den Landtag zu übertragen.

Im Schlußwort kommt Ledebour auf die Affäre mit Stadthagen zurück. Stadthagen bringe die Sache heute zum dritten Male vor, trotzdem er ihm ausdrücklich erklärt habe, daß der Bericht im „Vorwärts“ über jene Versammlung Fälschungen enthalte; er habe sich auch damals schon gegen die Wahlbetheiligung ausgesprochen. Er müsse von Stadthagen erwarten, daß er auch dem Genossen

gegenüber die Anstandspflicht erfülle, zu der er bei ähnlichen Anlässen im Reichstag durch das Präsidium nöthigenfalls angehalten werde. Nachdem er sich mit der Fischer'schen Rede beschäftigt hat, erklärt Stadthagen in persönlicher Bemerkung: Er weise den Vorwurf der Verlegung einer Anstandspflicht zurück. Er erachte es als Anstandspflicht, Wahrhaftigkeit anzubringen, und würde es als eine Verlegung der Anstandspflicht betrachten, wenn er der Versammlung die Wahrheit vorenthalten hätte. Ledebour erklärt hierauf, damit wäre ihm eine Frage vorgeworfen; hierüber mit Stadthagen noch weiter zu diskutieren, sei unter seiner Würde.

Man schreitet nunmehr zu den Wahlen und den Anträgen. In die Agitationskommission wird Arndt aufs neue gewählt. Ein von Ledebour und ein von Gwald eingebrachter Antrag, die sich beide mit Aenderungen des Organisationsstatuts der Partei beschäftigen, werden nach kurzer Debatte, an der sich u. a. Abg. Kuer, Abg. Zudeil und Dr. Kronz betheiligen, abgelehnt. Der Antrag, betreffend die Berliner Preßkommission, wird auch hier angenommen. — Zu Delegirten für den Hamburger Parteitag werden gewählt: Hermann Werner, Knäpper und Dr. Kronz. Zu Revisoren werden gewählt: Schön, Fischer und Schmidt.

In der Versammlung des dritten Wahlkreises erstatten zunächst die Delegirten von der Provinzialkonferenz ihren Bericht. Georgi, der die Debatte über die Landtagswahl besprochen, bezeichnete die auf der Konferenz angenommene Resolution Stadthagen als gegenstandslos, denn die Liberalen würden die Forderungen, welche wir für sie stellen, an sie stellen sollen, doch nicht erfüllen. Im weiteren begründete der Redner seinen Standpunkt als entschiedener Wahlgegner und vertrat die Ansicht, daß bei Gelegenheit der Landtagswahlen von unserer Seite nur eine energische Protestbewegung veranstaltet werden solle. Arndt's Vorbericht befürwortete die Wahlbetheiligung und begründete seinen Standpunkt mit dem Hinweis auf die veränderte politische Situation und den Umstand, daß in allen größeren Bundesstaaten die Landtage gegen den Reichstag ausgespielt werden sollen zwecks Durchführung reaktionärer Maßregeln. Unsere Agitation bei den Landtagswahlen könne nur nützlich sein für unsere Partei sein. Der Befürchtung, daß aus Anlaß der öffentlichen Stimmabgabe zahllose Mißregelungen eintreten würden, müsse entgegengehalten werden, daß wir für die Arbeitäre am 1. Mai eintreten, bei welcher Gelegenheit sich ja auch jeder Feiende als Sozialdemokrat offen kennzeichnen. Eine Verwirrung der Genossen sei nicht zu befürchten, auch mit dem Kompromiß sei es nicht so schlimm. Der Redner ist für Aufhebung des Kölner Beschlusses, aber gegen einen preussischen Sonder-Parteitag. Er meint ferner, diesmal solle die Entscheidung den Wahlkreisen überlassen bleiben, und auf Grund der dann gemachten Erfahrungen könne der nächste Parteitag einen bindenden Beschluß fassen. Vogtler giebt der Meinung Ausdruck, daß man sich, obgleich man das Abstimmungs-ergebnis der Brandenburger Konferenz respektieren müsse, der Ansicht nicht erwehren könne, daß die Stellung der Genossen der Provinz nicht richtig zum Ausdruck gekommen sei. Ein positives Resultat sei nicht herausgekommen, denn der Antrag Stadthagen reime offene Thüren ein. Bei Ablehnung aller Anträge wäre das Resultat dasselbe gewesen. Der Redner wandte sich gegen die von Gwald vertretenen Anschauungen und führte unter anderem aus, daß unser Eintreten für eine bürgerliche Partei bei den Landtagswahlen unsere prinzipielle Agitation schwer schädigen müsse. Daß die reaktionären Bestrebungen vor allem auf Befestigung des Reichstagswahlrechts gerichtet sind, das wissen wir, aber noch niemand habe nachweisen können, wie wir das mit Hilfe des Landtages verhindern wollen. Wenn ein Staatsrechtler ins Werk gesetzt werde, um uns das Reichstags-Wahlrecht zu nehmen, dann möge das Abgeordnetenhaus zusammengesetzt sein wie es wolle, die Staatsrechtler lehnen sich nicht daran. Der dritte Wahlkreis werde an der Ansicht festhalten, daß wir von einer Unterstützung des Freisinnigen, der gerade in wirtschaftlicher Beziehung unser schroffster Gegner sei, nichts zu erwarten haben. Kamp sprach gleichfalls gegen die Wahlbetheiligung. Diefelbe bedeute einen Schritt nach rechts. In letzter Zeit sei manches geschehen, was darauf hindeute, daß manche unserer Führer einen bedenklichen Schritt nach rechts gemacht haben. Wir hätten keine Veranlassung, uns auf die schiefe Ebene der Wahlbetheiligung zu begeben. Wilhelm warf den Abgeordneten Stadthagen und Rob. Schmidt vor, daß sie sich in der Wahlbetheiligungsfrage so bedenklich gemauert hätten, daß man sagen könne: Wenn die National-liberalen bei der Beratung des Vereinsgesetzes einen solchen Dankemuth zur Schau getragen hätten, dann wäre das Gesetz angenommen worden. Wer so schnell seine Ansicht ändere, wie Schmidt und Stadthagen, zu dem könne man kein Vertrauen haben. Solcher Unfals richte Verwirrung in den Massen an. Der Redner beantragte ein Tagesvotum gegen Schmidt und Stadthagen, worüber aber die Versammlung, nachdem Pochsch dagegen gesprochen hatte, zur Tagesordnung überging. König sprach ebenfalls gegen die Wahlbetheiligung und brachte folgende Resolution ein: Die Versammlung erklärt sich mit der Haltung ihrer Delegirten auf der Provinzialkonferenz einverstanden; sie ist auch nach den dort gepflogenen Debatten nicht von der Nothwendigkeit unserer Betteiligung an den Landtagswahlen überzeugt und erwartet, daß der Parteitag zu Hamburg den Antrag: den Kölner Beschluß aufzuheben, strikte ablehnt. Wagner polemisierte in längerer Rede gegen Gwald und verwarf die Wahlbetheiligung, indem er hervorhob, daß dieselbe namentlich auf dem Lande auf sehr große Schwierigkeiten stoßen würde. Er sei auch dafür, daß wir reaktionäre Maßregeln abzuwenden suchen. Wenn aber selbst das Schlimmste geschehe und uns das Koalitions- und Vereindrecht genommen würde, so werde solche Maßregel die Arbeiter nur weiter aneinanderketten. Die Resolution König wurde nach Schluß der Debatte angenommen, ebenso ein Antrag, welcher die Bestellung eines Korreferenten zu dem Punkt „Die preussischen Landtagswahlen“ auf dem Parteitag forderte. In die Brandenburger Agitationskommission wurde Dimmick und als dessen Stellvertreter Arndt gewählt. Hierauf begann die Debatte über die Tagesordnung des Parteitages. Franke bedauert, daß der Geschäftsbericht des Ausschusses erst in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ erschienen ist, und ein gründliches Studium desselben deshalb noch nicht möglich war. Wenn es in dem Bericht heißt, der „Vorwärts“ habe sich verbessert, so müsse Redner das Gegenteil behaupten. Der „Vorwärts“ sei sowohl qualitativ als quantitativ schlechter geworden. Wenn man das Blatt in die Hand nehme, so stoße man nach zwei Seiten Text auf vier Seiten Annoncen, dann kommt eine Unterhaltungsbeilage und endlich eine lange Liste, aus der man erfahren kann, wie viel Freier v. Stumm und sonstige Finanzgrößen für die Ueberschweimten gekennzeichnet haben, und unter der schließlich neben den Namen verschiedener Bourgeois auch Singer's Name steht. Auch auf dem Gebiete des Reichstagswahlrechts leide der „Vorwärts“ schon etwas. Diese Mißstände ließen sich darauf zurückführen, daß die Parteigenossen nicht genügend Einfluß auf ihr Organ haben. Da der „Vorwärts“ doch zu 75/100 in Berlin gelesen wird, so empfehle es sich, ihm den Charakter des Zentralorgans zu nehmen und zum Lokalblatt der Berliner Parteigenossen zu machen. Gwald vertritt die Ansicht, daß der „Vorwärts“ ein gutes Lokalblatt nicht sein könne, weil er zugleich Zentralorgan ist. Er habe sich vergebens den Kopf darüber zerbrochen, weshalb wir überhaupt ein Zentralorgan haben müssen, und beantragte, dem Parteitag die Umwandlung des „Vorwärts“ in ein Lokalorgan der Berliner Genossen zu empfehlen. Doch ist auch der Meinung, daß die Berliner Genossen ebenso wie es in anderen Orten ist, mehr Einfluß auf ihr Blatt haben müssen. Auch Arndt vertritt diese Ansicht, meint aber, daß wir ein Zentralorgan haben müssen und, da ein solches selbständig nicht existieren könne, auch die Verbindung mit dem Berliner Lokalorgan nicht aufgehoben werden könne. Pochsch tritt für Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes ein und weist auf die Vortheile hin, die darin bestehen, daß der „Vorwärts“ als Zentralorgan von den Genossen der Provinz

Für ihre Publikationen gegenüber anderen Parteiblättern bevorzugt wird. Außerdem müsse die Parteileitung und die Fraktion ein bestimmtes Publikationsorgan haben; ein besonderes Zentralorgan verschlinge zu große Summen. Wollte man einem vielköpfigen Komitee einen größeren Einfluß auf die Geschäftsführung eines solchen Unternehmens zubilligen, dann würde das wohl mehr zum Schaden des Blattes ausfallen. Die Redaktion komme den Wünschen der Preschkommission freizulassen in lokaler Weise nach. Wenn man aber verlange, daß die Redaktion nur schreiben solle, was die Genossen resp. die Preschkommission wünsche, dann würden die Redakteure zu Schreibern degradirt. Frank meint, er besorge, der eigentliche Grund, weshalb man die Zwitterstellung des „Vorwärts“ aufrecht erhalten wolle, sei der, daß man die Berliner Genossen, wenn sie ihr eigenes Organ haben, nicht mehr an Gängelbände fähren kann. Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag Borchardt abgelehnt. Angenommen wird der von Hoch gestellte Antrag betreffend die Erweiterung der Rechte der Berliner Preschkommission. (Der Antrag ist gleichzeitig mit dem im ersten Wahlkreis angenommenen.) Wagner beantragt unter Hinweis darauf, daß Weber bei den nächsten Reichstagswahlen wieder in Hamburg kandidiren will, der Strahburger Wahlkreis aber gerade bei der Kandidatur Weber's für uns die meisten Chancen biete, der Parteitag solle beschließen: Die Abgeordneten sind nur so lange verpflichtet, in ihren bisherigen Wahlkreisen wieder zu kandidiren, als dies im Interesse der Partei liegt. Nachdem Börner darauf hingewiesen, daß die Regelung der Kandidatenfrage Sache der betreffenden Wahlkreise sei, wird der Antrag abgelehnt. Ein Antrag Börner, daß nur die preussischen Delegirten zum Parteitag über die Frage der Landtagswahlen entscheiden sollen, wird angenommen, und darauf Börner, Dimnick und König nach dem Parteitag delegirt. Zu Revisoren des Vertrauensmannes wähle man Schölzel, Pohl und Karl Lange.

Die Genossen des vierten Wahlkreises hatten sich im großen Saal des Herrn Stecher, Andradstr. 21, sehr zahlreich versammelt. Zunächst erstatteten die Delegirten von der Brandenburger Provinzial-Konferenz den Bericht über deren Verhandlungen und Beschlüsse. Sowohl Lorenz, wie Galle und Rasche sprachen ihre Unzufriedenheit darüber aus, daß die Theilnahme an den Landtagswahlen in Preußen nicht strikte abgelehnt wurde. Galle erklärte es für unbegreiflich, daß sich am meisten Genossen aus der Provinz für die Theilnahme an den Wahlen im Zeug legen, in deren Reichstags-Wahlkreisen die Sozialdemokratie noch nicht einmal ein Mandat erobert habe. Rasche stellte sich im wesentlichen auf den Standpunkt, den Ledebour vertreten hat. Die Freisinnigen seien nur solange unsere Freunde, als sie in der Minorität blieben; als Majorität würden sie sich als die Feinde der Sozialdemokratie entpuppen. Die Delegirten zum Hamburger Parteitag müßten beauftragt werden, gegen Aufhebung des Kölner Beschlusses, die Landtagswahlen betreffend, zu stimmen. Für den Fall, daß seine Aufhebung erfolge, hätten sie sich dann an die Beschlüsse des von der Berliner Konferenz abgelehnten Antrages Dornbusch und Genossen zu halten, in dem verlangt wurde, zur Zeit die Theilnahme an den Landtagswahlen abzulehnen. — In der nun folgenden Debatte hielten sich die Redner Vogt, Roder, Galle, Kagero und A. Hoffmann gemäß einem Beschlusse der Versammlung an die übrigen Verhandlungspunkte der Konferenz vom letzten Sonntag. Man diskutirte besonders über die beste Art der Agitation auf dem Lande. A. Hoffmann stellte und begründete folgenden Antrag: Die Versammlung erklärt, daß die Beschlüsse der Brandenburger Konferenz wegen der Art und Weise, wie sie unter größter Unordnung und Verwirrung erfolgten, für die Partei von gar keiner Bedeutung sind. Die Resolution wird angenommen. Dann wählte man in die Agitationskommission die Genossen Wasewitz (Osten) und Weise (Südosten).

Zum Punkt: „Stellungnahme zum Parteitag“, nimmt als erster Genosse P. Singer das Wort. In der für den Parteitag in Aussicht genommenen Berichterstattung über den verflochtenen internationalen Arbeiterschuh-Kongress in Zürich bemerkte er, man möge sich wegen seines Ergebnisses nicht überschuldigen Hoffnungen hingeben. Immerhin zeige der Verlauf des Kongresses, daß die Wucht der Thatsachen für den Arbeiterschuh auch in Kreisen Stimmung gemacht habe, die ihm früher als Gegner entgegenstanden. Nach kurzer Verhörung anderer Punkte der Tagesordnung des Kongresses kommt Redner auf die Landtagswahlen zu sprechen. Bei den Verhandlungen hierüber auf dem Hamburger Parteitag müßten persönliche Anpassungen aus dem Spiele bleiben, damit sie keinen gefälligen Charakter trügen; sei doch davon auszugehen, daß jeder aus seiner Ueberzeugung heraus das Beste für die Partei wolle. Redner wünscht für seine Person, daß der Beschluß des Kölner Parteitages aufrecht erhalten bleibe. Er ist prinzipiell gegen die Wahlbetheiligung unter dem Dreiklassen-Wahlssystem. Ueberall, wo die Sozialdemokratie aus eigener Kraft in die gesetzgebenden Körperschaften eindringen könne, sei es ihre Pflicht, dies zu thun. Es entspreche aber nicht der Ehre und Würde der Partei, Wahlbündnisse der hier nur möglichen Art mit anderen Parteien einzugehen. Darüber sei sich, bis auf einige Schwärmer, doch ein jeder klar, daß es uns unmöglich sei, selber einen Sozialdemokraten in das preussische Abgeordnetenhause hineinzubringen. Die Propaganda sei immer energischer auf die Reichstagswahlen zu konzentriren. Der Reichstag müsse eine andere Zusammensetzung erfahren und nach durchgreifenden gesetzgeberischen Maßnahmen die Hand so lange auf den Ventel halten, bis der Bundesrat gefügig werde und den angenommenen Beschlüssen zustimme. Dann habe auch die Stunde der Gesinde-Ordnung, der Versammlungs- und Koalitions-Unfreiheit und des Dreiklassen-Wahlsystems geschlagen. Der Antrag, für die Stimmabgabe bei der Landtagswahl zu Gunsten des „kleineren Uebels“ gewisse Bedingungen zu stellen, sei ungewein naiv und bedeute nichts anderes, als die sozialdemokratischen Stimmen meistbietend aufzuschreiben: wer am meisten zählt, der hat sie. Neben einer Reihe anderer Gründe gegen die Wahlbetheiligung betont Redner, trotz aller Umstürze der Genossen könne dennoch eine verwirrende Wirkung nicht ausbleiben, wenn die Leute angehalten würden, bei der Landtagswahl für einen Freisinnigen und bei der Wahl zum Reichstag für den Sozialdemokraten zu stimmen. Die Nichtbetheiligung an den Landtagswahlen schließe ja nicht aus, daß gelegentlich dieser Wahlen in großen Versammlungen scharfe Kritik am Wahlsystem, der Gesinde-Ordnung u. gelobt und festgesetzt werde, daß der preussische Landtag nur die Karrikatur einer Volksvertretung sei. Auf jeden Fall sei aber den Beschlüssen des Parteitages Folge zu geben, selbstverständlich unter Wahrung der Prinzipien der Partei. Werde die Theilnahme beschlossen, dann mache man aber wenigstens die ethische Probe mit der Wahl eigener Wahlmänner. — Singer theilte noch mit, der Parteivorstand werde den Antrag stellen, die Parteileitung wieder nach Berlin zu verlegen, und schloß dann unter dem Beifall der Versammelten. — Genosse Peters, der gegen die Theilnehmung spricht, ist zu der Meinung gekommen, der „alte Sattlergeselle J. Auer sei wunderbar geworden“. (Weiterkeit.) Mit dem kleineren Uebel sei es nicht weit her, denn die Opposition im Abgeordnetenhause habe lediglich gegen die Verhinderung des Vereinsgesetzes gestimmt, weil es in Preußen stark nach Absolutismus rieche und das Bürgerthum aber auch etwas zu sagen haben wolle. — Genosse Böser wendet sich auch gegen jede Theilnehmung. Spräche sich die Mehrheit doch für sie aus, dann werde man sich wohl der Disziplin fügen, indes mit dem Bewußtsein, daß dieser Kampf demoralisierend wirke. — Genosse Hoffmann (Wrangelstraße) tritt für die Theilnehmung ein, indem er meint, die öffentliche Wahl sei zu einer guten Probe des Muthes der Parteigenossen geeignet. Vier Punkten sie auch ihre Opferwilligkeit zeigen. Durch die Wahlen sei die Partei groß geworden, und immer hätten wir uns über ein paar Stimmen mehr gefreut. Es sei auch nicht wahr, daß die Genossen, die für die Wahlen zum Abgeordnetenhause sind, nur andere Parteien herausstreifen wollten. — Wagner nimmt im wesentlichen den Standpunkt der ersten Redner ein. Die Frei-

sinnigen hätten die Sozialdemokratie noch gar nicht nach ihren Stimmen gefragt, es sei somit erbärmlich, sich an sie herauszubringen. Woran es noch thue, das sei, die Agitation mal von dem Reichsgebiet auf das preussische hinüber zu spielen. — Adolf Hoffmann wendet sich ebenfalls in längerer Ausführung gegen die Wahlbetheiligung. Sie wäre Selbstmord. Die Freisinnigen wären thöricht, wenn sie nicht dieselben Kandidaten in denselben Bezirken auch für die Reichstagswahl aufstellten, wo sie zum Landtage kandidirt haben. Da könnte es dazu kommen, daß die Freisinnigen bei der Reichstagswahl alle die schönen Dinge aufzählten, die sie für das Volk durchsetzen wollten und daß sozialdemokratische Referenten den Wählern rathen müßten, jenen Leuten nicht zu glauben, die sie ihnen vorher bei der Landtagswahl als geeignete Männer empfohlen haben. (Weiterkeit und Beifall.) Ein Gesey à la Puttkamer, Köller, Necke würde auf die Partei nicht so schlimm wirken, wie die Theilnahme an den Landtagswahlen. (Beifall.) Die Debatte wird geschlossen. Folgende Beschlüsse werden gefaßt:

Der Parteitag möge beschließen: Die Parteitage finden in Zukunft zwischen Weihnachten und Neujahr statt. (Antragsteller will die „Fiederhelden“ durch Klassenbewußte Arbeiter von den Parteitagern verdrängen.)

Die Sozialdemokratie blickt mit Verachtung auf das preussische Dreiklassen-Wahlssystem.

Die Versammlung beschließt in der Erkenntniß, daß die Partei nicht aus eigener Kraft Abgeordnete in das Abgeordnetenhause wählen kann, von jeder Theilnehmung an den Landtagswahlen abzusehen. (Mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.)

Nur Delegirte sind zu wählen, die strikte gegen die Theilnehmung sind. — Der Reichstagsfraktion ist zu empfehlen, die Wiedereinführung der dreijährigen Legislaturperiode zu beantragen.

Der Antrag, der die Beschlüsse der Berliner Preschkommission erweitert zu sehen verlangt, begründete M. Schulz im wesentlichen mit zu geringem Einflusse der Preschkommission. Man wolle keinen Druck ausüben, aber die Kommissionsmitglieder müßten sich gegen die ewigen Vorwürfe schützen, sie seien nur „Kulpen“. Singer erklärte darauf, gegen den Antrag sprechend, Redaktion und Parteivorstand seien stets der Preschkommission durchaus entgegengekommen, eine Diskurstellung über den „Vorwärts“ könne sie indes nicht für sich verlangen. Wegen einer erheblichen Minorität wird der Antrag angenommen.

Zu Delegirten wurden gewählt Adolf Hoffmann, Wenzels und Jocheil (nicht Böschel, wie in der gestrigen Nummer stand).

Die Parteigenossen des fünften Kreises waren sehr zahlreich im Saale der Brauerei Bölow versammelt. Den Bericht über die Brandenburger Parteikonferenz erstattete Genosse Vissauer, der zunächst auf den Widerspruch, der in der vom Genossen Ledebour eingebrachten Resolution enthalten sei, hinwies. Die Resolution verlange die Aufhebung des Kölner Beschlusses, dann eine Sonderkonferenz der preussischen Delegirten und schließlich die Ablehnung der Theilnehmung an den Landtagswahlen. Dinge, die eigentlich mit einander im Gegensatz stehen und bei der Abstimmung die Unklarheit hervorriefen. Im weiteren bemängelt der Redner, daß die Kommission nicht für ein Bureau, das zur Leitung der Geschäfte geeigneter war, Sorge getragen habe und der die Verhandlungen föhrende Saalwechsel vorgenommen werden mußte. Genosse Dr. Weyl berichtet, daß er nicht, wie es irrtümlich im Bericht des „Vorwärts“ heißt, gefaßt habe: Wir im fünften Wahlkreise wolle, daß der Parteitag den Kölner Beschluß aufhebe und den preussischen Delegirten die Entscheidung überläßt, sondern im Gegentheil habe er sich für die Entscheidung des gesammten Parteitages über die Frage der Landtagswahlen und gegen eine Sonderkonferenz ausgesprochen. Genosse Lindemann macht dem Delegirten Friedländer den Vorwurf, daß er den Antrag des fünften Kreises bezüglich der Presse nicht in der richtigen Weise vertreten habe. In längerer Ausführung erklärt sich Genosse Piepmann mit der Thätigkeit der Delegirten des fünften Kreises unzufrieden, kritisiert, daß sie die Fremde der Wahlbetheiligung auf der Konferenz gewissermaßen organisirt und der großen Minorität des fünften Kreises, gegen welche die Delegirten, die, wie der Redner behauptet, durch eine Justizmajorität, die ebenso wie die Delegirten mit den thätigen Genossen keine Fühlung hatte, gewählt waren, keine Rechnung getragen haben. Genosse Dertel verweist darauf, daß die Delegirten verpflichtet waren, die Majorität der Versammlung zu vertreten, die sie gewählt hatte. Genosse Hennig wendet sich gegen die von den Delegirten gemachten Anmerkungen über die Kommission bezüglich des Bureaus und bemängelt ebenfalls das Verhalten der Delegirten auf der Konferenz. Während der Ausführungen des Genossen Weyl, der ebenso wie Vissauer die gegen die Delegirten erhobenen Vorwürfe auf das entschiedenste zurückweist, und die von Piepmann angeführten Beschuldigungen auf persönliche Motive zurückführt, wurden verschiedene unparlamentarische Zwischenrufe gemacht, die den Vorstehenden, Genossen Sassenbach, veranlaßten, gegen die persönlichen gehässigen Zwischenrufe Einspruch zu erheben. Auch der Genosse H. Schmidt bedauert den bisherigen Verlauf der Debatte und meint, daß die Delegirten wohl berechtigt waren, ihren Einfluß in weitgehendster Weise auszuüben, um ihre Ansicht zur Geltung zu bringen. Die Entscheidung der Versammlung für die Wahlbetheiligung sei darauf zurückzuführen, daß die Redezeit in der betreffenden Versammlung auf zehn Minuten beschränkt war, während vorher einige geschickte Redner für die Wahlbetheiligung uneingeschränkt ihre Ansicht zum Ausdruck bringen konnten, so daß eine sehr geringe Majorität zu Stande kam. Der Redner präzisirte sodann seinen Standpunkt als Gegner der Theilnehmung an den Landtagswahlen, den er auch in dem Artikel, der wahrscheinlich vom Genossen Ledebour nur flüchtig gelesen und deshalb mißverstanden sei, zum Ausdruck gebracht hat. Er habe seine Anschauung nicht geändert, sondern unter anderem in diesem Artikel nur die Thatsache konstatiert, daß die Beschlüsse der Wahlbetheiligung die Oberhand zu erhalten scheinen, und im weiteren darin die Meinung ausgesprochen, daß die Parteigenossen sehr bald, nachdem sie die Erfolglosigkeit ihres Beginns durch die Mißerfolge bei der Wahl eingesehen haben, von ihren Bestrebungen zurück zu werden, deshalb habe er von einer Fieberstimmung in der Partei gesprochen, die eine lächle Erwägung erlicke. Nachdem nunmehr ein Antrag auf Schluß der Diskussion angenommen worden war, folgten eine Reihe persönlicher Bemerkungen der Genossen Piepmann, Lindemann, Hennig, Dr. Weyl und Friedländer. Der letztere bemerkt, daß er für den Antrag des fünften Kreises bezüglich der Presse gewirkt, aber trotz den Bemerkungen noch nicht einmal die nothwendige geschäftsordnungsmäßige Unterstützung bei den Delegirten erlangen konnte. Hieran berichtete Genosse Hennig, der bisherige Vertreter in der Agitationskommission der Provinz Brandenburg, über deren Thätigkeit, und er wurde sodann ohne Diskussion von neuem mit diesem Amte betraut. Eine längere, häufig sehr erregte Debatte entspann sich über die eingebrachten Anträge zum Hamburger Parteitag und zum Theil auch wieder über die Stellung zu den Landtagswahlen. Der Genosse Maas, der sich gegen die Theilnehmung an den Landtagswahlen ausspricht und nur Gegner derselben als Delegirte gewählt wissen will, vertritt sodann einen von ihm eingebrachten Antrag, in dem die Herabsetzung des Abonnementspreises für den „Vorwärts“ gefordert und eine Verbesserung des Inhalts, präzisere und gründlichere Berichterstattung besonders über amtliche und wissenschaftliche Kongresse für nothwendig erachtet wird. Bei der Begründung des Antrages verweist der Redner auf die bürgerliche Presse, deren Reichhaltigkeit an Stoff und Willigkeit er besonders an den in Berlin erscheinenden Tageszeitungen nachzuweisen sucht. Sodann erwähnt er die „Berliner Zeitung“. Die verhältnismäßig niedrige Abonnentenzahl des „Vorwärts“ und die andererseits große Auflage dieses Blattes, die in gar keinem Verhältnisse steht zu den abgegebenen Stimmen für die Richtung, welche die Zeitung vertritt, sei auf diese Umstände und darauf zurückzuführen, daß dieses Blatt sehr gut redigirt wird. Die Agitation

für den „Vorwärts“ sei kläglich ausgefallen. Dertel spricht gegen die Herabsetzung des Abonnementspreises, da dies nach dem Geschäftsbericht des Parteivorstandes nicht möglich sei, und wünscht die Aufhebung des Kölner Parteitagbeschlusses, die Landtagswahlen betreffend. Redner tadelt es, daß der Genosse Maas in einer Weise seinen Antrag vertreten hat, die einer Empfehlung der bürgerlichen Presse gleichläufige. Vissauer empfiehlt die Aufhebung des Kölner Parteitagbeschlusses und spricht sich gegen eine Sonderkonferenz der preussischen Delegirten aus. Die Genossen Roth und Piepmann erachten die Erweiterung der Funktionen der Preschkommission für nothwendig und empfehlen den diesbezüglichen in allen anderen Kreisen gestellten Antrag zur Annahme. Genosse Robert Schmidt wendet sich gegen die Ausführungen des Genossen Maas, dessen heftige Angriffe auf den „Vorwärts“ in einer nicht mißzuverstehenden Propaganda für ein freisinniges Blatt anklingen. Nur, wie längst bekannt, persönliche Voreingenommenheit gegen die Redaktion des „Vorwärts“ distirte den Angriff und schloß jedes sachliche Urtheil aus. Thatsächlich haben auch nur allgemeine Nebenarten ohne jeden tieferen Gehalt dazu gedient, Angriffe in der unqualifizirtesten Weise gegen den „Vorwärts“ zu schleudern. Als unwahr müsse es bezeichnet werden, daß die Agitation für den „Vorwärts“ recht kläglich verlaufen sei. Im Gegentheil, man ist mit dem Resultat zufrieden gewesen. Der Redner verweist auf die Tendenz des „Vorwärts“, auf seine Stellung als Kampforagan, die es bedingt, daß der Inhalt desselben eine bestimmte Richtung nehme und folge dessen mit denjenigen bürgerlichen Zeitungen nicht in Konkurrenz treten kann, die ihre Leser durch eine feichte sensationelle Lektüre heranziehen, und im Interesse der Partei und der Würde der Partei eintreten wird. Der Redner spricht sich ferner gegen die Wahlbetheiligung und eine Sonderkonferenz aus. Nachdem sich noch der Genosse Piepmann auf das entscheidende und mit eingehender Motivirung gegen die Landtagswahlen erklärt hatte und Genosse Jiezewitz gegen die Verbilligung des „Vorwärts“ unter den gegenwärtigen Verhältnissen gesprochen hatte, gelangte ein Antrag auf Schluß der Diskussion zur Annahme, so daß die noch eingezeichneten Redner, darunter zwei für Wahlbetheiligung, auf das Wort verzichten mußten. Der hierauf zur Abstimmung von den Genossen Dr. Weil, Friedländer und Vissauer gestellte Antrag, daß der allgemeine deutsche Parteitag zu Hamburg den Theil der Kölner Resolution aufhebe, der die Wahlbetheiligung zu den preussischen Landtagswahlen zur Parteipflicht macht, wurde mit großer Majorität abgelehnt. Ein Antrag, in welchem sich die Parteigenossen des fünften Wahlkreises ausdrücklich dagegen erklären, daß der Hamburger Parteitag die Beschlußfassung über die Theilnehmung zu den preussischen Landtagswahlen einer Bundeskonferenz von preussischen Delegirten überläßt, wird mit allen gegen 2 Stimmen angenommen. Ebenfalls angenommen wird der oben angeführte Antrag von Roth und Piepmann, wonach die Funktionen der Berliner Preschkommission erweitert werden sollen. Abgelehnt wird der erste Theil des Antrages von Maas und Genossen, daß der „Vorwärts“ baldigst verbilligt und der Abonnementspreis zunächst auf 1 M. festgesetzt werden soll. Hingegen fand der zweite Theil des Antrages von Maas und Genossen, der folgenden Wortlaut hat: „Die Parteigenossen erwarten, daß die Redaktion des „Vorwärts“ den wissenschaftlichen und amtlichen Kongressen eine weit aufmerksamere Beachtung als bisher schenkt und für Berichte sorgt, die in knapper Form, event. als Resümee, ein übersichtliches Bild der betreffenden Verhandlungen bieten“, die Zustimmung der Versammlung. Dabei soll nicht unerwähnt bleiben, daß die Berichterstattung überhaupt schneller und gründlicher als bisher erfolgen muß, damit das Zentralorgan der größten politischen Partei Deutschlands auch als hervorragendes politisches Blatt entsprechenden Einfluß üben kann.“ Nach einer heftigen Geschäftsordnungs-Debatte wurden Genosse Roth, der erklärte für Aufhebung des Kölner Parteitagbeschlusses einzutreten, und Genosse Richter als Delegirte zum Hamburger Parteitag gewählt. Nachdem noch die Genossen Jiezewitz, Richter und Späth als Revisoren für den Vertrauensmann gewählt worden waren, wurde zum Schluß der Versammlung bekannt gegeben, daß am 18. November ein Fest stattfinden wird und eine gegenseitige Kommission mit den Arrangements beauftragt.

Die Parteigenossen des sechsten Wahlkreises tagten in einer stark besuchten Versammlung in Raabe's Salon in der Kolbergerstraße. Kiesel referirte über den Verlauf der Brandenburger Konferenz mit besonderer Berücksichtigung der Debatte über die Theilnehmung an den preussischen Landtagswahlen und bezeichnete die Beschlußfassung der Konferenz in dieser Frage als einen Rathhandel. Die folgende Diskussion, welche sich sehr lebhaft gestaltete und das tiefgehende Interesse der Genossen an dieser Materie erkennen ließ, beschäftigte sich fast ausschließlich mit den Vorschlägen, welche von den Verschworenen der Landtagswahl-Theilnehmung gemacht worden sind. — Die meisten Redner, wie Krendsee, Kröhn, Graßhold, Riech, Tischer u. a. sprachen sich entschieden gegen eine Landtagswahl-Theilnehmung. Siewenty für dieselbe aus im Sinne der Bebel'schen Darlegungen, während Koopmann und Hinge für eine Wahlbetheiligung auf der ganzen Linie eintraten. Kröhn konstatierte, daß die Zahl der Gegner der Wahlbetheiligung 160 000 Stimmen mehr betrage als die der Theilnehmer, welche auf der Brandenburger Konferenz vertreten waren. Wäre der Modus nach der Stimmzahl bei der Abstimmung auf der Konferenz zum Ausdruck gekommen, wäre das Resultat ein ganz anderes. Die Schwelung Schippel's und Bebel's sei völlig unmotivirt und geeignet, die Partei zu schädigen und empfehle er, diesen taktischen Mißgriff, der mit dem St. Gallener Beschluß im schärfsten Widerspruch stehe, nicht mitzumachen. Es scheine, daß die genannten Führer von der Stellung der Parteigenossen gar keine Notiz nehmen. Darum empfiehlt er, alle Anträge auf Wahlbetheiligung abzulehnen und an den Beschlüssen der Parteiverammlung im „Kölnener Post“ festzuhalten. Die Abstimmung ergibt die Ablehnung aller Resolutionen, welche auf eine Theilnehmung an den Landtagswahlen hinauslaufen. Mit großer Majorität wird dagegen beschlossen, an der bisher angenommenen Haltung des sechsten Wahlkreises festzuhalten. Das bisherige Mitglied des Kreises der Brandenburger Agitationskommission, Genosse Riech, erstattet nunmehr seinen Rechenschafts- und Kassendbericht. Die Einnahmen hätten in der Zeit vom 1. September 1896 bis 31. August 1897 takt. des Bestandes vom 1. September 1896 von 15 M. 1720 M. betragen, verausgabt wurden: an Antritt 1200, Agitation 287,50, Delegations- und Unterstützungskosten 117,60, für Broschüren 67,35, für Briefschaften 5,70, Bader-Porto und Diverses 40,80, in Summa 1724,95 M., so daß ein Defizit von 4,95 M. vorhanden sei. Die Versammlung ertheilt die von den Revisoren beantragte Decharge und erklärt sich damit einverstanden, im nächsten Jahre eine größere Summe für Agitation auszugeben. Als Mitglied der Agitationskommission wird der Genosse Riech wiedergewählt. Der nun folgende dritte Punkt der Tagesordnung förderte eine Reihe von Wünschen und Beschwerden der Parteigenossen zu Tage, mit denen sich der Hamburger Parteitag beschäftigen soll und welche den Delegirten des Kreises zu vertreten aufgetragen werden. Nach längerer Debatte wird beschlossen: Der Parteitag solle sich mit der Stellung des „Vorwärts“ beim Hamburger Hafenarbeiter-Ausschuß und der Buchdrucker-Bewegung beschäftigen. Ein weiterer Antrag befaßt, der Parteitag möge beschließen: Die im Verlage der Buchhandlung Vorwärts erscheinende Wochenschrift „In freien Stunden“ ist zu erweitern und besonders in bezug auf Illustrationen zu verbessern. Die Delegirten werden ferner beauftragt, die Stellung der Abgeordneten in bezug auf die Quaretschen Vorschläge und die letzte internationale Arbeiterschuh-Konferenz, sowie den Besuch der Abgeordneten zum Diner bei der Hamburger Gartenbau-Ausstellung auf dem Parteitage zur Sprache zu bringen. Als Delegirte des sechsten Wahlkreises werden die Genossen Feid, Klose und Gelbig nominirt. Mit einem dreimaligen begeisterten Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schließt der Vorsitzende Gugen Ernt um 12 Uhr die Versammlung.

Sozialdemokratischer Parteitag in Hamburg.

Das Lokalkomitee in Hamburg ersucht die gewählten Delegierten und sonstigen Teilnehmer am Parteitag, umgehend Mitteilung zu machen von ihrer Wahl resp. ihrer Theilnahme, damit es in der Lage ist, für genügende und ausreichende Quartiere Sorge zu tragen.

Weiter werden die Delegierten und die sonstigen Teilnehmer am Parteitag darauf aufmerksam gemacht, daß an allen Bahnhöfen von Sonnabend, den 2. Oktober, mittags an Genossen zugehen sind — erkenntlich an rother Schleife —, die die Teilnehmer nach dem Empfangslokal

„Leffinghale“ am Gäusemarkt 33 führen werden.

Im eigenen Interesse der Delegierten und sonstigen Teilnehmer wird bemerkt, daß sie bis Bahnhof „Dammthor“ zu fahren haben, von wo das Empfangslokal nur eine kurze Strecke — etwa 5 Minuten — entfernt liegt.

Im Empfangslokal werden die Legitimations- und Quartierkarten ausgegeben.

Das Lokal des Parteitages, „Tätz's Etablissement“, Valentins-Lamp 40-42, befindet sich ganz in der Nähe des Empfangslokals. Anmeldungen und sonstige Zuschriften sind beim Genossen G. Blume, Hamburg-Gimbüttel, Bismarckstr. 10, zu machen.

Das Lokalkomitee. J. A. G. Blume.

Partei-Nachrichten.

Die Parteikonferenz für den Wahlkreis Liegnitz-Goldberg-Pahnan erklärte sich dafür, daß nach Schluß des Hamburger Parteitages die preussischen Delegierten zu einer besonderen Beratung zusammentreten, um die die Landtagswahl betreffenden internen Fragen zu erledigen.

Die Parteikonferenz für den Kreis Wanzleben beschloß hinsichtlich der preussischen Landtagswahlen: „Der Kölner Parteitag beschloß sich anzubenden. Die Beteiligung an den Wahlen ist Sache der einzelnen Wahlkreise. Ein Gegner darf nur dann unterstützt werden, wenn er die von einem Zentral-Wahlkomitee aufgestellten Forderungen anerkennt.“

Als Delegierter für den Hamburger Parteitag wurde Genosse Gerlach gewählt, ferner derselbe einstimmig als Reichstags-Kandidat proklamiert. Der Hauptkassier der Partei überwies die Kassaumschreibung 800 M.

Eine Parteiversammlung in Hannover-Stadt wählte die Genossen Sittig, Veinert und Antsche als Delegierte zum Parteitag in Hamburg und beauftragte sie, dafür einzutreten, daß der nächste Parteitag in Hannover abgehalten wird. In Beziehung auf die preussischen Landtagswahlen wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Die „Resolution Bebel“ und Antrag 69 des Kölner Parteitages, betreffend das Verbot der Beteiligung der Genossen an den preussischen Landtagswahlen, sind aufzuheben. 2. Die Delegierten aus Preußen, welche an dem in Hamburg stattfindenden Parteitage teilnehmen, wollen dahin wirken, daß möglichst bald eine Landesversammlung der Genossen in Preußen stattfindet, in welcher über das ob und wie der Beteiligung an den Landtagswahlen verhandelt wird.

Der erste Antrag wurde einstimmig, der zweite gegen zwei Stimmen angenommen.

Der Parteitag für das Herzogthum Braunschweig erklärte sich für Aufhebung des Kölner Beschlusses und bezeichnete die Frage der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen als eine Frage der Gesamtpartei, nicht als eine Sonderangelegenheit der preussischen Genossen. Die Funktionen des Landes-Vertrauensmannes wurden wieder dem Genossen Nieme in Braunschweig übertragen.

Bei der Diskussion über die nächsten Reichstagswahlen wurde vor Unterschätzung der welfischen „Rechtspartei“ gewarnt, die, wie ein Delegierter mittheilte, unter anderen das Märchen verbreitet, der Herzog von Cumberland — der welfische Thronprätendent — werde nach seiner Rückkehr einen allgemeinen Gewerbesteuer-Erlaß durch Verzicht auf die Zivilliste bewirken, die 1 1/2 Millionen beträgt; ferner werde er alle seine Einkünfte im Lande machen und dadurch das Geschäft beleben. Dem jüngsten Regenten wird nachgeredet, daß er seine Bedürfnisse anderwärts decke.

In Sölingen wurde in einer Versammlung des Sozialdemokratischen Volksvereins (Nichtung der „Vergifteten Arbeiterstimme“) einstimmig folgende Resolution angenommen: „Der Sozialdemokratische Volksverein ist der Ansicht, daß es höchst wünschenswerth und für das arbeitende Volk notwendig wäre, wenn die Sozialdemokratie im preussischen Abgeordnetenhaus ihre Vertreter hätte. Die Versammlung ist jedoch der Ansicht, daß infolge des reaktionären Wahlsystems eine Wahlbetheiligung für die Partei Enttäuschungen bringen wird, da die zweifelhaften Erfolge die von den Genossen aufzubringenden Opfer nicht aufwiegen können, ganz abgesehen von den Gefahren, die die absolute zum Erfolge notwendigen Kompromisse für die Partei in sich bergen. Die Versammlung erklärt sich jedoch nichtbestimmter für Aufhebung der Kölner Resolution, damit den Genossen in den einzelnen Wahlkreisen in dieser rein taktischen Frage das Selbstbestimmungsrecht gewahrt und Gelegenheit geboten wird, durch die Wahlagitation für die Ziele der Sozialdemokratie Propaganda zu machen.“

Der Parteitag für das Herzogthum Gotha, der am Sonntag in Gotha abgehalten wurde und von über 100 Delegierten aus 86 Orten besucht war, sprach sein Einverständnis mit der Thätigkeit unserer Reichstagsfraktion aus und proklamierte den bisherigen Vertreter im Reichstage, Genossen Bock, einstimmig zum Kandidaten für die nächste Reichstagswahl. Als Delegierte für Hamburg wurden Abgeordneter Bock und Genosse Volk als Diethard gewählt und als Vertrauensmann wieder der Genosse Hildebrandt. Die Polizei hatte von der Ueberwachung des Parteitages Abstand genommen. Das „Volksblatt für Gotha“ bemerkt darüber: Es freut uns, daß die Behörde endlich dazu übergegangen ist, uns mit dem gleichen Maße zu messen, das sie den anderen Parteien gegenüber anwendet. Möchte sie nun auch die gleichen Rücksichten gegenüber dem sozialdemokratischen Verein walten lassen, dessen einfache Mitgliederversammlungen sogar überwacht sind. Es wird in unseren Versammlungen kein Wort mehr und kein Wort weniger gesprochen, ob eine polizeiliche Ueberwachung vorhanden ist oder nicht.

In Chemnitz erklärte sich eine Parteiversammlung für Aufhebung des Kölner Beschlusses. Als Delegierte zum Parteitag wurden die Genossen Daxner und Enders gewählt.

Die Delegiertenkonferenz der sozialdemokratischen Vereine des 11. badischen Wahlkreises Mannheim, die in Weinheim tagte und von 23 Delegierten aus 11 Orten besucht war, beauftragte den Delegierten zum Hamburger Parteitag, dafür einzutreten, daß

der Kölner Beschluß aufgehoben und die Frage, ob sich die preussischen Parteigenossen an der Landtagswahl beteiligen wollen oder nicht, den Genossen der einzelnen preussischen Kreise überlassen wird. Ferner wünschte die Konferenz, daß der nächste deutsche Parteitag in Mannheim abgehalten werde. Zur Agitation für die Reichstagswahl soll wieder die „Mundschau“ herangezogen werden, die bei der Wahl im Jahre 1893 gute Dienste geleistet hat. Als Reichstagskandidat wurde Genosse Dreesbach aufgestellt, derselbe vertritt den Kreis auch auf dem Hamburger Parteitage.

Die Parteikonferenz für den bayerischen Wahlkreis Zweibrücken-Birmasens stellte als Reichstagskandidaten den Genossen Böllermann auf.

Von der Agitation. In allen sieben Wahlkreisen Mecklenburgs wurde am Sonntag der 1898er Mecklenburgische Volkskalender verbreitet. Mehrere hundert Parteigenossen waren auf den Beinen, um die beliebte Agitationschrift in jedes Dorf und jede Hütte zu tragen.

In Lissa in Posen wurde am Sonntag die erste sozialdemokratische Versammlung abgehalten. Der Besuch war besiedigend. Mit dem Referat des Genossen Schütz erklärte sich die Versammlung einstimmig einverstanden.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In Nr. 85 der Frankfurter „Volkstimme“ vom 10. April d. J. war unter der Spitzmarke „Kapitalistische Theilerei“ behauptet, der Aufsichtsrath der Frankfurter Lebensversicherungs-Gesellschaft habe der Direktion eine Summe von 5000 M. als Gratifikation zur Verteilung an die Beamten überwiesen. Es stand dann weiter in dem Artikel, daß nur ein Theil der Beamten die gleiche Gratifikation wie im vorhergehenden Jahr erhalten habe, ein Theil habe weniger und ein Theil gar nicht erhalten. Ferner hieß es: „Wo bleibt der Gerechtigkeits Sinn der Direktion und des Aufsichtsrathes?“ Und: „Wer theilte sich den Löwenantheil?“ Die Gesellschaft hatte Klage gestellt. Redakteur Schmidt wurde wegen öffentlicher Beleidigung und aus §§ 20 und 21 des Preßgesetzes zu 100 M. Geldstrafe und Publikation des Erkenntnisses in vier Frankfurter Zeitungen verurtheilt.

Der Parteigenosse Johann Taubold in Hof, Verleger der „Oberfränkischen Volkszeitung“, hat am Sonnabend eine zweimonatige Gefängnisstrafe angetreten, die ihm vom Schwurgericht in Bayreuth wegen Beleidigung anferlegt wurde. Sein Gesuch um Strafausschub ist abgelehnt worden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Der Streit der Ristenmacher in der „Ältesten Berliner Ristenfabrik“, Lindenstr. 35, hat sein Ende noch immer nicht erreicht. Der Kampf der Streikenden wird dadurch verzögert, daß sich eine Anzahl „Arbeitswilliger“ gefunden und sich hat vertheilt lassen, den Lockungen Gehör zu geben. Aber gut die Hälfte der Gefahranwärter für die Streikenden hat die Fabrik wieder verlassen und das Häuflein der Getreuen schmilzt täglich mehr zusammen. Nicht lange und die „Älteste Berliner Ristenfabrik“ steht wieder leer. Daß sich abermals Arbeiter finden werden, die an der Streikflaute Arbeit nehmen, ist nicht gut anzunehmen. Sollte es aber der Fall sein, so wird der Fabrikant dieselben traurigen Erfahrungen machen müssen, wie mit den früheren Nothhelfern, und er wird über kurz oder lang kapituliren müssen. Ein weiterer Streikbruch würde aber die Sache nur unnützigweise verzögern, darum ersuchen die Streikenden um strenge Meidung der „Ältesten Berliner Ristenfabrik“.

Die Firma Vorrig-Berlin, bei der sich die Former im Auslande befinden, sucht in Hannover durch den Gießereimeister Gustav Borkert Former anzuwerben. Öffentlich folgen die Arbeiter diesen Verlockungen nicht.

In der Glasfabrik von Oldenburg ist wegen Maßregelung und Lohnabzug ein Streik ausgebrochen.

Deutsches Reich.

Vom Versammlungsrecht in Oberschlesien. Aus Beuthen wird der „Volkswacht“ unterm 13. September geschrieben: Hier sollte gestern ein Sommervergügen der Tischler stattfinden; Konzert und Tanz waren angemeldet, die Vergütungsteuer bezahlt; da wurde plötzlich die Abhaltung dieses Vergügens polizeilich untersagt. Was das? Man höre und staune: weil in dem eine halbe Stunde von Beuthen entfernten Scharley gestreift wird! Welche Verbindung zwischen dem Streit in Scharley und einem Sommervergügen der Beuthener Tischler bestehen soll, ist total unbegreiflich. Obgleich also das Fest ausfiel, fanden sich doch eine große Zahl Herren und Damen aus Beuthen und Umgebung ein, sie wurden jedoch in der schärfsten Weise durch zahlreiche Polizeibeamte in Zivil und Uniform überwacht. Als sich die Anwesenden in verschiedene Restaurants der Stadt zerstreuten, wurden sie auf Schritt und Tritt von Polizisten begleitet. Andere Vergügungen waren natürlich trotz des Streits in Scharley nicht unterjagt, in der nächsten Nähe des Lokals, in dem das Sommerfest stattfinden sollte, war Tanzmusik.

In Chemnitz wurden 14 am Geringswalder Stuhlbaureiwerk bethätigte Tischler, Drechsler und Stuhlbaurei wegen angeblichen Ungehorsams gegen Gefängnisstrafen von 2 Wochen bis 4 Wochen und Haftstrafen von 1-4 Wochen verurtheilt.

Der Streik der Wollwinder in Penig hat gegen einen Streikenden eine Anklage auf Grund § 153 der Gewerbe-Ordnung zur Folge gehabt, die mit der Verurtheilung des Angeklagten zu einem Monat Gefängnis endete.

Sämmtliche Wüthcher der Brauerei Reifewitz in Dresden sind ausständig. Als Grund wird angegeben, daß der Vertrauensmann der Wüthcher plötzlich ohne ersichtlichen Grund entlassen wurde. Seine Kollegen verlangten Zurücknahme der Entlassung und als das verweigert wurde, legten sie die Arbeit nieder.

Gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung sollten nach polizeilicher und Staatsanwaltschaftlicher Ansicht sechs Hafenarbeiter verstoßen haben. Wegen Verrückerklärung wurden dieselben angeklagt: Karl Görlig, Adolf Deder, Franz Rother, Robert Lütke, Alb. Pohlmann, Ernst Göhr. Sämmtliche sind Mitglieder des Deutschen Hafenarbeiterverbandes in Magdeburg. Sie veranlaßten in einer Versammlung in Magdeburg am 15. Juni d. J. die Ausstoßung des Arbeiters Hermann Kleincke aus dem Verbands, weil er während des Streits Arbeiten verrichtet hatte, die von den Streikenden niedergelegt waren. Nach Antrag des Ersten Staatsanwalts wurde auf Freisprechung erkannt, da zur Zeit der Ausschließung des Kleincke der Streik bereits beendet, er also nicht zu Niederlegung der Arbeit gezwungen, vielmehr ihm nur ausgedrückt werden sollte: „Du hast Dich der ferneren Mitgliedschaft unwürdig gemacht und wirst zur Strafe ausgeschlossen. Wenn Kleincke sich dadurch verletzt gefühlt habe, könne er Beleidigungsklage anstrengen, ein Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung liege aber nicht vor.“

In Naumburg befinden sich die Maurer im Auslande.

Die Münchener Schuhmacher haben die vom Einigungsamt festgesetzten Abmachungen abgelehnt. Mithin wird der Streik fortgesetzt.

Der Tischlerstreik in Aschaffenburg ist beendet. Die Meister haben fast gänzlich die Forderungen der Arbeiter bewilligt.

Ein Bäckerstreik ist plötzlich in Rostock in der Bornhöft'schen Bäckerei, der größten am Plage, ausgebrochen. In der plötzlichen Entlassung eines langjährigen Arbeiters erblickten die übrigen eine Maßregelung wegen gewerkschaftlicher und politischer Anschauungen; sie kamen schnell überein, sich mit dem Entlassenen solidarisch zu

erklären und legten insgesamt, bis auf den Werkmeister, die Arbeit nieder. Die Streikenden verlangen, daß der entlassene Kollege wieder eingestellt, sowie, daß den am schlechtesten bezahlten Bäckern eine Lohnaufbesserung zu theil werde.

Ausland.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer. Der Verband der Maschinenfabrikanten hat gegen die Maschinenbauer 8 Hauptbeschwerden. Sie lauten: 1. daß der Gewerkeverein gegen arbeitssparende Maschinen ist; 2. daß der Gewerkeverein verlangt, die Maschinen sollten nur von Gewerkevereins-Mitgliedern bedient werden; 3. daß der Gewerkeverein die Industrie zum Stocken gebracht hat; 4. daß der Gewerkeverein den Fabrikanten keinen Frieden giebt, sondern stets neue Forderungen stellt; 5. daß der Verband der Fabrikanten die jegliche extreme Politik des Gewerkevereins veranlaßt hat; 6. daß die Interessen der sogenannten „freien“ Arbeiter, die nicht zum Gewerkeverein gehören, auf dem Spiele stehen; 7. daß die Arbeiter ihr sanfter erworbenes Geld ausgeben in der Hoffnung, KonzeSSIONen von den Arbeitgebern zu erwirken; 8. daß die Forderung nach einem achtstündigen Arbeitstag nur der Vorbote weiterer Forderungen ist.

Die Hochföfen-Besitzer des Cleveland-Distrikts (England) haben sich mit ihren Arbeitern dahin geeinigt, die achtstündige Arbeitsschicht und die gleitende Lohnskala einzuführen.

Soziales.

In der gestrigen Berichtigung Liebsuecht's ist durch Weglassung des Wortes nicht ein Satz unverständlich geworden. Liebsuecht hat den Vorkurs' Antrag, als einen eventuellen Antrag unterschrieben, für den Fall, daß der Sektionsbeschluss — — — im Plenum die Mehrheit nicht finden würde. —

Früherer Ladenschluß. In Eberswalde haben sich die Mitglieder des kaufmännischen Vereins der Kolonialwaarenbranche geeinigt, ihre Geschäfte vom 1. September ab bis auf weiteres des Abends um 9 Uhr zu schließen, und in Barwalde haben, wie berichtet wird, alle Inhaber offener Geschäfte sich verpflichtet, während der Wintermonate (vom 1. Oktober bis zum 30. März) ihre Verkaufslökalen um 9 Uhr abends zu schließen. Ausgenommen hiervon sollen nur die Sonnabende, sowie der Monat Dezember sein.

Kommunales.

Die früher schon bei der städtischen Deputation behandelte Umgestaltung des Wilhelm-Platzes beschäftigte gestern die Deputation unter Vorsitz des Stadtraths Voigt von neuem. Es wurden von dem Bauath Krause verschiedene diesbezügliche Projekte vorgelegt. Die Deputation entschied sich in erster Linie für das Projekt, nach welchem in der Verlängerung der Mohrenstraße über den Wilhelmplatz eine Fahrstraße angelegt werden soll, in der Art, daß zu beiden Seiten der Denkmäler von Zierden und Fassaden der Fahrverkehr sich bewegt. Die beiden Denkmäler werden mit einem schmalen, mit gärtnerischen Anlagen zu versehenen Landstreifen verbunden werden. Falls jedoch von zuständiger Stelle eine Verziehung der Denkmäler genehmigt werden soll, so ist in zweiter Linie in Aussicht genommen, die Fahrstraße über den Platz gradlinig zu verlängern und die beiden Denkmäler in der Mitte dieser Verlängerung zu beiden Seiten der Fahrstraße aufzustellen, so daß der schmale Rosenstreifen in Fortfall kommen kann.

Die Lazarus-Kirchengemeinde hat bei dem Magistrat beantragt, ihr einen der Stadtgemeinde gehörigen öffentlichen Platz zum Bau einer Kirche zu überweisen, in welchem Falle die Gemeinde gütlich auf die ihr zustehende Gerechtsame aus der vielenstimmigen Konfessionsordnung von 1573 verzichten wolle. Die Deputation hat wirklich beschlossen, den städtischen Behörden zu empfehlen, der Gemeinde die sogenannte Weberwiese vor dem Frankfurter Thor zu überlassen. — Ferner war Gegenstand der Berathung die Verbreiterung der Rospstraße. Die grundsätzliche Entscheidung dieser Frage ist insofern dringend geworden, als der Neubau der Rospstraße für die nächste Zeit ins Auge gefaßt ist und daher es notwendig geworden ist, die Breite der definitiven Brücke festzusetzen. Die Deputation hat sich grundsätzlich für eine Verbreiterung der Rospstraße auf 19 Meter entschieden und gleichzeitig bei Aufstellung des bezüglichen Projekts soll auch in Rücksicht gezogen werden, in welcher Weise die 19 Meter breite Rospstraße mit der Breitenstraße in Verbindung gebracht werden soll, um an ihrem Berührungspunkt geregelte Zustände zu schaffen. — Um bei der Weidendam-Brücke endlich geregelte Zustände zu schaffen, soll das von der Stadtgemeinde erorbene Grundstück Friedrichstr. 104 zum 1. März l. J. vollständig miethsfrei gestellt werden, damit sofort im Anschluß daran mit dem Abbruch des Gebäudes und mit der definitiven Pflasterung des Damms und Aufhebung und Regulierung des tiefliegenden Bürgersteiges in Angriff begonnen werden kann. — Die Deputation hat die Mittel für die Regulierung des Potsdamer Platzes in den nächstjährigen Etat einzustellen beschlossen und wird der Gemeindebehörde um die Genehmigung hierzu ersuchen.

In der unter Vorsitz des Stadtsyndikus Weise gestern stattgehabten Sitzung der städtischen Bau-Deputation für Hochbau gelangten die Entwürfe zum vierten städtischen Krankenhauses in der Seestraße, zum Kinder-Asyle in der Rarassierstraße und zur Turnhalle an der Klosterkirche zur Vorlage. Das vierte städtische Krankenhaus besteht aus 82 einzelnen Gebäuden, hat 1650 Betten und nimmt mit dem Personal über 2200 Menschen auf; die Gebäude sind in durchaus symmetrischer Weise so projektiert, daß ein Theil des ursprünglich hierfür bestimmten Baugrundes nicht beansprucht wird, und anderwärts verfügbar bleibt. Der Vorschlag beträgt 13 100 000 M. Die in den letzten Jahresrechnungen in hygienischer Beziehung gemachten Erfahrungen sollen bei dem Bau im Interesse der Kranken soweit irgend möglich berücksichtigt werden, die dekorative Ausschmückung der Fagaden ist dagegen einfacher als bei den in den letzten Jahren in Berlin und auch in kleineren deutschen Staaten ausgeführten Krankenhäusern. — Das Kinderasyl in der Rarassierstraße enthält in zwei Stockwerken 50 Betten; die Fagaden sind ohne jedes Ornament projektiert worden. — Die Turnhalle an der Klosterkirche soll entsprechend der Kirche als märkischer Holzgiebelbau mit Terrakotten zur Ausführung kommen.

Lokales.

Ueber Auswüchse des Radsports schreibt der „Gann-Courier“ unter anderem: In Sportreisen selbst befragt man sich neuerdings lebhaft über die Auswüchse des Radsporttreibens; man hat auch Versuche gemacht, diesen Auswüchsen Einhalt zu thun, aber ohne den geringsten Erfolg. Die berühmten internationalen Berufsfahrer starten vielfach nur noch, wenn die Rembuhaleitungen ihnen außerordentliche Vergütungen gewähren. Die Folge ist eine Dinaufschraubung der Eintrittspreise, die kaum noch im Verhältnis stehen zu dem, was geboten wird. In demselben Maße werden die Preise, die den startenden Wettfahrern winken, in die Höhe geschraubt. Das sportliebende Berlin ist jetzt stolz darauf, daß es einen großen Preis von Berlin giebt, der größer ist, als die „großen Preise“ von Wien, London und Paris. Der „große Preis“ von Berlin beträgt 10 000 Mark. Davon wird der erste Sieger 7500 Mark erhalten. Jetzt haben die Vorläufe stattgefunden, und die 12 Sieger aus diesen werden am nächsten Sonntag um die Entscheidung ringen. Auf zwei Tage muß die Geschichte nämlich vertheilt werden, damit das Publikum zweimal beglückt. Anderenfalls käme nicht genug dabei

heraus. Der Leser wird fragen, wer die 10 000 M. gestiftet hat. Antwort: Ein Lokalfest, welches nach berühmten Mustern in der Gründung des „großen Preises von Berlin“ ein neues Mittel, wirksame Bekämpfung für sich zu machen, erdachte. Das Blatt leitete zu dem Zwecke eine öffentliche Sammlung ein. Die Beiträge liefen jedoch so spärlich ein, daß, wie man erzählt, schließlich der Besitzer des Blattes in seine Tasche greifen und den größten Teil der 10 000 M., etwa drei Viertel, hinzuholen mußte. So ist der „große Preis von Berlin“ zu stande gekommen, den wir als einen der schlimmsten Auswüchse des modernen Sportwesens bezeichnen. Derjenige der 12 anderwärts „Pfeiger“, der am nächsten Sonntag die Entfernung von nur tausend Metern am schnellsten zurücklegt, erhält für diese Leistung 7500 M.!

Die Ausstellung Traudvaal befindet sich in finanziellen Verlegenheiten, weswegen Vormittag eine Gläubigerversammlung abgehalten wurde. Wie gemeldet wird, wurden die Verbindlichkeiten der Gesellschaft auf 689 829 M. angegeben. Die Aktiva wurden beziffert mit 988 818 M. Unter den Aktiven sind allerdings die Gebäulichkeiten mit 744 177 M. aufgenommen. Ohne Widerspruch irgend eines Gläubigers wurde beschlossen, unter allen Umständen das Unternehmen aufrecht zu erhalten und fortzuführen.

Das Kuratorium der Berliner Unfallstationen ist zur Zeit mit der Vorbereitung zur Errichtung der XI. und XII. Unfallstation, welche wiederum als modern-chirurgische Verbandstätten mit ärztlichem Tag- und Nachtdienst ausgestattet werden, beschäftigt. Diese beiden Stationen werden im Westen und im Süden der Stadt ihr Domizil haben.

Die neue Potsdamer Brücke wird noch im Laufe dieser Woche soweit fertiggestellt werden, daß dann sofort zunächst der Fahrdamm und der öffentliche Fußsteig dem Verkehr übergeben werden können. Der westliche Fußsteig, bei welchem die Begung der großen Gasröhren unterhalb der Pflasterung noch einige Zeit in Anspruch nimmt, wird vorläufig vom Fahrdamm durch einen höheren Zaun abgeperert werden, mit dessen Errichtung jetzt begonnen worden ist.

Königliche Bibliothek. Die nach § 1 der Benutzungsordnung zur Reinigung der Bibliothek bestimmte Schlusswoche im September wird in diesem Jahre mit Genehmigung des vorgeordneten Ministeriums auf die Woche vom 27. September bis 2. Oktober verlegt.

Eine Reporter-Gente. Die Ober-Postdirektion sendet an bürgerliche Blätter folgende Mitteilung: Durch einen Teil der hiesigen Presse ist in den letzten Tagen die Mitteilung über eine Unternehmung des Postinspektors Wable mit einem Zeitungsberichterstatter gegangen. Die Darstellung dieses, übrigens ohne Auftrag der Ober-Postdirektion stattgehabten Vorganges ist nicht zutreffend. Tatsache ist, daß der Postinspektor Wable den Berichterstatter darauf hingewiesen hat, wie die Postbeamten verpflichtet seien, unbekannt Personen gegenüber jede Auskunft über innere postdienstliche Verhältnisse und jede Einsichtnahme in den Brief- und Paketverkehr zu verweigern. Alle sonstigen Angaben und Folgerungen, sowie die Unterstellung, daß die Ober-Postdirektion gegen den Herrn Staatssekretär intriguiere und sich dazu der Presse bediene, entbehren jedweder tatsächlichen Unterlage und charakterisieren sich lediglich als böswillige Erfindungen. Wegen den Urheber der Mitteilung ist von der kaiserl. Ober-Postdirektion schon unterm 13. der Strafantrag gestellt worden.

Stendestattistik. Im Männerrolle des Berliner Asylvereins für Obdachlose nächstigen im Monat August 2128 Personen, im Frauenasyl 2967 Personen. Arbeitsnachweise erbitet der Verein für Männer Wiesenstr. 55-59, für Frauen Weißbierstr. 5.

Eine Verächtigung auf Grund des § 11 sieht uns der Schneidermeister B r e s e kürzlich zu dem Artikel senden, den wir unter der Stichmarke „Ein Hauswirth als Maulheld“ gebracht hatten. Diese Rechtfertigung veranlaßt nun die Augenzeugen zu einer abermaligen Erörterung des Falles, in welcher von der Verächtigung des Hauswirths allerdings nicht allzuviel übrig bleibt. Der Brief ist nach der und nunmehr überaus langen Darstellung an dem Schredentage vor zehn Uhr abends mit Schimpfen an die Thür des Portiers gekommen, weil dieser das Gas noch nicht ausgelöscht hatte, desgleichen habe er bald darauf auf dem Hofe die Frau des Portiers vor die Brust gestoßen. Als der Portier sich diese Rohheit verbeten hätte, habe Briefe ihn mit dem Hammer vor die Stirne geschlagen, jedoch der Betroffene zur Erde getaumelt sei. Desgleichen sei der Arbeiter Henke, der sich des verletzten Portiers annehmen wollte, von Briefe geschlagen worden. Was nun den gerichtlichen Austrag der Sache betreffe, so müsse die Sache gerade umgekehrt liegen, wie Briefe es darstellen lasse; wie nicht anders zu erwarten gewesen, sei von den Verletzten gegen den Hauswirth Strafantrag gestellt worden.

Wegen Veruntreuung von mehr als 20 000 M. ist der Buchhalter Berthold R. festgenommen worden, welcher seit 4 Jahren in einem Seidenwaarengeschäft in der Potsdamerstraße beschäftigt war, und zu dessen Verrichtungen die Führung der Kasse und des Kassabuchs gehörte.

Der Postgelehrte meldete kürzlich, daß ein wegen Diebstahls und Körperverletzung zu langjähriger Zuchthaus- und Gefängnisstrafe verurthelter Arbeiter Gustav Ulrich in der Weidingerstraße ein Kind an sich zu locken versucht habe und dann von dem der Mutter des Kindes zur Hilfe gekommenen Rutscher Fleischmann über den Kopf geschlagen worden sei, so daß er bestunungslos liegen geblieben wäre.

Zu dieser Mitteilung sendet uns der vor einigen Tagen aus dem Krankenhaus entlassene Arbeiter Ulrich folgende Mittheilung: „Es ist unwar, daß ich wegen Diebstahls zu Zuchthaus verurtheilt worden bin; ich bin vor einer Reihe von Jahren nur wegen Körperverletzung bestraft worden. Es ist ferner unwar, daß ich die Tochter der Wittve B. an mich zu locken versucht habe, auch kann ich, da ich nie ein Messer bei mir trage, den Rutscher Fleischmann nicht, wie gemeldet wird, mit einem Messer bedroht haben. Der Fall liegt vielmehr so, daß ich von einer in der Weidingerstraße wohnenden Frau Lehmann den Betrag von 5,50 M. einfordern wollte, den sie mir seit langem schuldete. Ich stand vor dem Hause, wo meine Schuldmutterin wohnen sollte, wollte eine List anwenden und ein auf der Thür kommendes Mädchen beauftragen, sich zu erkundigen, ob Frau L. zu Hause sei. Das mir unbekanntes Kind muß aber meine Worte falsch verstanden haben, es lief fort und kam nicht wieder. Als darauf fünf Minuten mit Worten vergangen waren, kam plötzlich die Mutter des Mädchens und attackirte mich ohne jede Veranlassung, so daß ich mich mit bloßer Hand wehren mußte. Bald erhielt sie von einem Mann Kulturs; das Resultat dieses Kampfes dürfte noch erinnerlich sein, ich wurde derart verletzt, daß ich bestunungslos in ein Krankenhaus gebracht werden mußte. Ich selber werde die Angelegenheit vor Gericht zum Austrag zu bringen suchen. Gustav Ulrich.“

Des verachteten Kindesmordes wird die verheißene 22-jährige Müller beschuldigt, welche gestern Abend den Versuch gemacht haben soll, ihr Kind dadurch zu tödten, daß sie es unter einen Wagen warf. Die Beschuldigte wurde festgenommen und nach der Polizeiwache am Bismarckplatz überführt. Der Säugling, der glücklicherweise nur eine leichte Hautabschürfung erlitten hatte, wurde dem städtischen Waisenhaus übergeben.

Generbericht. Im Hause Mantelstr. 82 brannten gestern früh um 5 Uhr die im Erdgesch. und eine Treppe hoch liegenden Tischlerwerkstätten von Emil Sauer und Rudolf Barthel. Einige noch nicht fertiggestellte Möbel und Klaviere wurden vernichtet, ferner wurde die zwischen beiden Werkstätten liegende Balkendecke beschädigt. Es liegt anscheinend Brandstiftung vor, doch ist der Thäter bis jetzt noch nicht ermittelt.

Arbeitererlöb. Ein schwerer Unfall ereignete sich gestern Mittag auf dem Neubau Schönhauser Allee 100. Beim Einrichten von Diefen kamen drei Arbeiter in die Gefahr, aus dem dritten Stockwerk abzufallen. Zwei sprangen noch rechtzeitig jurid und wurden leicht verletzt. Der dritte fiel in das Kellergesch. hinab

und wurde in bedenklichem Zustand in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. Es ist ein Arbeiter Bunde aus Weipfenke.

Augenleiden im Straßenverkehr. Morgens wurde der Arbeiter Wilhelm Polenz in der Greifswalderstraße mit einer anscheinend von einem Falle herrührenden Verletzung im Gesicht bewußtlos auf dem Bürgersteige liegend aufgefunden und nach dem Krankenhaus am Friedrichshain gebracht. — In der Neuen Friedrichstraße fiel der Buchhalter Albrecht Engelhardt in Krämpfen hin und zog sich durch den Fall auf das Pflaster eine Verletzung über den linken Auge zu. Er wurde nach der Unfallstation I gebracht. — Die obdachlose, unverschämte Arbeiterin Vertha Kreuz wurde auf einer Treppe des Hauses Hagelbergerstr. 82 von Krämpfen befallen, stürzte mehrere Stufen rücklings hinab und erlitt durch das Aufschlagen des Kopfes auf eine Treppenstufe eine erhebliche Wunde. — Beim Ueberschreiten des Fahrweges wurde der Arbeiter Wilhelm Krüger in der Spandauerstraße von einem Pferdeabwagener der Linie Dönhofsplatz—Lichtenberg angefahren und zu Boden geworfen, wobei er einige leichte Hautabschürfungen am linken Arm und an der linken Hüfte davontrug. Den Kutscher des Pferdeabwagens trifft keine Schuld an dem Unfall, da er mehrmals das Glockenzeichen gab, den Krüger anrief und den Wagen durch Bremsen zum Stehen zu bringen suchte. — Als Frau Sekretär Wollenberg aus Steglitz in der Wilhelmstraße mit ihrem fünfjährigen Sohn an der Hand den Fahrweg überschreiten wollte, riß sich der Knabe plötzlich los und lief in eine in ruhigem Trab die Straße entlang fahrende Droschke hinein. Da es dem Kutscher nicht mehr möglich war, den Wagen zum Stehen zu bringen, wurde der Knabe überfahren und erlitt eine leichte Quetschung am linken Oberschenkel. — An der Ecke der Markus- und Langenstraße fuhr vormittags die 23-jährige Schneiderin Alma Köditz auf einem Zweirade gegen einen Bierwagen, geriet unter die Räder und erlitt schwere innere Verletzungen. — Am Montag Nachmittags fiel der Arbeiter Gustav Schemmel in der Koppenstraße von dem Trittbrett einer zum Umzuge benutzten vollgepackten Droschke während der Fahrt herab und verletzte sich so schwer am Kopfe, daß er in der darauf folgenden Nacht seinen Geist aufgab.

Theater. Im Schiller-Theater kommt nächsten Sonntag zum ersten Male in dieser Saison Grillparzer's „Des Meeres und der Liebe Wellen“ mit den Damen Hauß, Lobe, Werner, und den Herren Boch, Winterstein, Potz in den Hauptrollen zur Aufführung. In der Sonntagabend-Vorstellung geht das vieraktige Lustspiel „Die Kinder der Exzellenz“ von G. v. Wolzogen und W. Schumann in Scene. Heute und morgen finden Wiederholungen von Kautzgruber's Bauernkomödie „Die Kreuzschreiber“ statt. — Das Abend-Theater bleibt heute, der sechsten Schwereitagen zur Novität wegen, geschlossen. Freitag geht zum ersten Male das burleske Charakterstudium „Der Hummelstempel“ in Scene. Die Dekoration des I. Aktes: Salonwagen eines amerikanischen Expresszuges, stammt aus dem Atelier von Müller u. Schäfer.

Aus den Nachbarorten.

Aus Nizdorf. Wegen angeblicher Sittlichkeitsverbrechen wurde der Obermüller B. hier selbst in Haft genommen. — Am Dienstag fand in den Kollbergen zwischen Mündchener- und Reuterstraße eine Sprengung statt, da vielfach die Abhänger der Leuberge derartige Kliffe zeigten, daß jeden Augenblick ein Einsturz drohte, der den Passanten unter Umständen sehr gefährlich werden konnte. Die Sprengung verlief befriedigend. — Der hiesige Grundbesitzer-Berein will an die Omnibus-Gesellschaft „Reform“ in Berlin um Einrichtung zweier 5 Pfennig-Strecken vom Bahnhof Nizdorf bis zum Germania-Platz und die Germaniastraße hinaus bis zum Emmaus-Kirchhof petitioniren, da die Pferdebahn den Verkehrsbefürdnissen auf diesen Linien durchaus nicht gerecht werden will.

Auf dem Terrain der auf Anregung der Firma Borfig geplanten „Heimstättenkolonie“ für Arbeiter an der Ziegeler Chaussee soll zunächst der Bau von 70 Häusern für 1 oder 2 Familien in Angriff genommen werden. Die Arbeiter, die die Häuser beziehen, haben das Anlagekapital mit 6 pCt. zu verzinsen, davon werden 2/3 als Miete und 1/3 als Amortisation in Anrechnung gebracht. Wie derartige „Wobliotheten“ auf die ökonomische Lage und die persönliche Freiheit des Arbeiters einwirken, braucht nicht erst auseinandergelegt zu werden. Sie sind bei allen Lohnbewegungen, bei allen selbständigen Bewegungen ein schwerer Klotz am Beine des Arbeiters.

Soziale Rechtspflege.

Eine Lohnentschädigungs-Klage gegen die Buchdruckfirma Otto Giesner hatten die Seher R. und B. bei dem J u n u n g s - S c h i e d s g e r i c h t des Bundes der Berliner Buchdruckereibetriebe angebracht. Der Antrag zu diesem Rechtsstreit wurde wieder einmal durch das sogenannte „Aussehen der Arbeit“ gegeben. Die Kläger waren bei obiger Firma im Berechnen (Alford) beschäftigt und mußten wegen angeblichen Mangels an Schriftmaterial an einem Vormittag um 10 Uhr ausfallen, bei welcher Gelegenheit ihnen versprochen wurde, daß sie nach ca. acht Tagen die Arbeit wieder aufnehmen könnten. Nach Ablauf dieser Frist versprach der Faktor Kraft den betreffenden Sehern die bestimmte Wieder-Einstellung nach weiteren acht Tagen; bis zu dieser Zeit würde genügend Schriftmaterial vorhanden sein. Dieses Versprechen wurde nicht gehalten, vielmehr wurden die Plätze anderweitig besetzt, so daß die Betheiligten sich als entlassen zu betrachten hatten. Da die beiden Seher mit Rücksicht auf die voraussetzliche Weiterbeschäftigung sich in der verstrichenen Zeit nach anderer Arbeit nicht umgesehen hatten, glaubten sie sich durch die gemachten Versprechungen geschädigt. Sie klagten auf eine den Durchschnitts-Wochenverdienst von 80 M. entsprechende Lohnentschädigung für die Zeit des „Aussehens“. Der Vertreter der Beklagten, Herr Faktor Kraft, lehnte einen vom Junungs-Schiedsgericht vorgeschlagenen Vergleich mit der Bemerkung ab, daß er sich in seinem guten Recht befinde; da Kündigungsausschluß vorhanden, konnten Kläger jederzeit entlassen werden. Das Schiedsgericht wies den Klageantrag als zu weitgehend mit der Begründung jurid., daß Kläger den erwähnten Lohnausfall auch dann gehabt hätten, wenn sie wieder weiter beschäftigt worden wären, verurtheilte jedoch die Beklagte zur Zahlung von 8,85 M. an jeden Kläger unter folgender Erläuterung: Das Aussehen sei hier gleichbedeutend mit Entlassung anzusehen und demnach sei der Tag, an welchem das „Aussehen“ erfolgte, voll zu entschädigen; ferner wäre von Seiten des Faktors den Sehern die Wiedereinstellung an einem bestimmten Tage zugesichert worden und daher sei dieser Tag den Klägern ebenfalls zu entschädigen.

Das Reichs-Versicherungsam hat sich schon oft als Melur-Sachen nachzuprüfen. Auch der Bergmann R. hatte Vortheil von dieser Einrichtung. Die Berufsgenossenschaft wollte ihn auf Grund ärztlicher Gutachten einen Betriebsunfall mit 83 1/2 pCt. der Vollrente entschädigen. R. war aber damit nicht einverstanden, sondern legte Berufung ein. Das Schiedsgericht hielt in diesem Falle ebenfalls 83 1/2 pCt. für genügend und wies ihn mit der Mehrforderung ab. Nunmehr ergriff R. das Rechtsmittel des Rekurses. Er erschien persönlich vor dem Reichs-Versicherungsam, obwohl er eine weite Reise zu machen hatte. Die verlegte Hand wurde von den Richtern in Augenschein genommen. Der Vorsitzende Sasse fand dabei heraus, daß nicht nur, wie so lange als feststehend galt, der Ring- und Mittelfinger, sondern daß auch der kleine Finger unbeweglich und unbrauchbar sei. Das Rekursgericht erhöhte darauf die Rente von 83 1/2 pCt. auf 40 pCt. der Vollrente. Man billigte ihm außerdem 23 Mark Reiseflohen zu. Dieser Fall beweist wieder, daß es sehr gut ist, wenn die Verletzten möglichst persönlich vor dem Reichs-Versicherungsam erscheinen. Da nun aber die Kosten weiter Reisen für Arbeiter zu hoch sind und die Arbeiter sich durch das Risiko, abgewiesen zu werden, meist von der Reise abhalten lassen, so müßten ihnen die Kosten ganz allgemein gesetzlich gewährt werden. Staat, Kommunen und Berufsgenossenschaften müßten verpflichtet werden, sie zu tragen. Zur Zeit springt die Stadt Berlin als Armenbehörde ein, wenn ein Arbeiter persönlich erschienen ist, seinen Prozeß verliert und kein Geld zur Rückreise hat.

Eine wunderliche Geschichte weiß ein Gerichts-Berichterstatter zu melden. Danach ist ein Ermittlungsverfahren „wider Ugenannt“, welches schon vor Monaten eingeleitet wurde, während der Gerichtsferien jedoch ins Stocken gerathen zu sein schien, jetzt, nachdem die Ferien zu Ende sind, energisch wieder aufgenommen worden. Es handelt sich dabei um die Ermittlung der geheimen Mittel und Wege, mit denen es möglich ist, den benommenen Untersuchungsfangenen gleich nach ihrer Einlieferung ins Gefängnis bestimmte Anwälte als Verteidiger zuzuweisen und zwar für die männlichen Gefangenen immer denselben „einen“, wie für die weiblichen Gefangenen denselben „anderen“, was selbst in solchen Fällen vorkommt, in denen Gefangene in der Freiheit bereits einen juristischen Sachwalter haben. Man kennt behördlicherseits den „Einen“ wie den „Anderen“, man glaubt auch den Weg zu kennen, auf welchem den Gefangenen der von ihnen freiwillig zu wählende Verteidiger suggerirt wird, aber man möchte doch auch gern die Personen kennen lernen, welche sich unbefugt anmaßen, die Verteilung der Anwaltspraxis für die Strafabteilung der beiden hiesigen Landgerichte in die Hand zu nehmen, was weder nach der Anwaltsordnung, noch nach der Strafprozeß-Ordnung, geschweige denn nach der Gefängnis-Ordnung zulässig ist. Für die energische Fortsetzung dieses Ermittlungsverfahrens spricht die Tatsache, daß schon für die nächste Zeit verschiedene Juristen-Vorladungen erhalten haben, um über ihre Erfahrungen über dieses Thema in Sachen „wider Ugenannt“ vernommen zu werden.

Das Verhältnis zwischen Karrenhändlern und Schuhschneidern wird durch einen Fall charakterisiert, der den Handelsmann Oskar K e f l e r gestern vor die 6. Ferienkammer des Landgerichts I führte. Durch Zeugnisaussagen wurde folgendes festgestellt: Der Angeklagte war von einem Schuhmann aufgefordert worden, mit seinem vor der Markthalle in der Seckauerstraße haltenden Hundewagen weiter zu fahren und keine feste Handelsstelle einzunehmen. Als der Beamte Miene machte, den Wagen anzuhalten, schrie ihm der Angeklagte entgegen: „Wenn Sie den Wagen anhalten, hebe ich den Hund auf Sie!“ Nach der Bekundung des Schuhmanns hat er denn auch den Hund durch die Worte „Gefahr, beiß ihn!“ zu lautem Gebell veranlaßt. Der Schuhmann wollte darauf den Angeklagten zur Wache führen, fand aber den heftigsten Widerstand, der Angeklagte schlug ihm sogar den Helm vom Kopf. Das Schöffengericht hatte den Angeklagten wegen dieses Aufruhrs zu vier Wochen Gefängnis verurtheilt und die Berufungskammer, die der Angeklagte angerufen hatte, fand keine Veranlassung, das Urtheil abzuändern.

Drei Fabrikarbeiterinnen aus Stalau standen gestern vor der 137. Abteilung des Schöffengerichts unter der Beschuldigung, den Justizklus betrogen zu haben. In einem Apriltage hatten die Angeklagten einen Termin wahrzunehmen, als sie bei der Empfangnahme von Zeugniseinführungen gefragt wurden, wie viel sie versäumt hätten, erklärten die Befragten, daß sie 8 Mark 50 Pf. verbüßten. Sie erhielten daraufhin jede 8 Mark 50 Pfennige Zeugniseinführungen ausgezahlt. Später wurden Ermittlungen angestellt, welche ergaben, daß der Verdienst der Angeklagten zwischen 1,50 M. und 1,75 M. schwankte. Die Angeklagten gaben dies zu, die Sache bielte aber doch ein anderes Bild. In der Fabrik, in der sie beschäftigt seien, sei es eingeführt, daß außer dem Wochenlohn noch eine Prämie von 1,50 M. ausbezahlt werde. Dies geschähe aber nur, wenn eine Arbeiterin im Laufe der Woche nicht gefehlt habe; andernfalls komme die Prämie in Abzug. Da sie nun wegen Wahrnehmung des Termins auf die Wochenprämie von 1 M. 80 Pf. verzichteten, so hätten sie sich für vollumfänglich gehalten, diesen Betrag zu dem Tagesverdienst hinzuzurechnen. Da durch die Beweisaufnahme die Angaben der Angeklagten bestätigt wurden, so fällt der Gerichtshof ein freisprechendes Urtheil.

Auf diese Weise kann es kommen, daß der Staat die Prämien für die Fabriken bezahlen muß.

Ein bedenkliches Verfahren, um niedrige Arbeitslöhne zu verbessern, hat der Kaufmann Max Radloff auf der Werk Vulkan bei Stettin angewendet. Er ist am 8. Juli d. J. vom Landgerichte Stettin wegen Betruges zu einem Jahre sechs Monaten Gefängnis und zwei Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Dreizehn Arbeiter des Vulkan sind wegen Beihilfe zum Betrüge verurtheilt und zwar hat einer von ihnen zwei Monate, die übrigen dagegen sechs Wochen Gefängnis erhalten. Radloff war bei der genannten Maschinenbau- u. Motoren-gesellschaft als Bureaubeamter mit einem Gehalte von 120-130 M. monatlich angestellt und hatte die Alfordlöhne der Arbeiter zu berechnen. In einer Reihe von Fällen hat er nun den Mithingestellten höhere Löhne angerechnet, als sie zu beanspruchen hatten und sich bei der stets vorgenommenen Kontrolle der Entdeckung durch verschiedene Manipulationen entzogen. Von den Arbeitern, die zu viel Geld erhalten hatten, ließ er sich meistens Teilbeträge des zuviel gezahlten Lohnes ausbezahlen. Dieses Geld zu erhalten, war natürlich das Motiv seiner Handlungsweise, wobei er voraussetzte, daß die Arbeiter, wenn sie wenigstens einen Teil des Mehrbetrages für sich behalten konnten, sein Treiben nicht verrathen würden. Es ist festgestellt, daß der „Vulkan“ auf diese Weise um 3726 M. geschädigt worden ist. Von diesem Betrage sind 782 M. durch die Einbehaltung fälliger Löhne gedeckt worden. — Gegen das Urtheil hatten Radloff und neun von den Mitangeklagten Revision eingelegt, welche gestern vor dem Reichsgerichte zur Verhandlung kam. Radloff's Beschwerden richteten sich nur gegen die thätlichen Feststellungen und konnten deshalb von vornherein keine Beachtung finden. Die übrigen Angeklagten behaupteten, sie seien zu unrecht der Beihilfe zum Betrüge für schuldig erachtet worden, da die That des Radloff bereits vollendet gewesen sei, als sie in Thätigkeit traten. — Das Reichsgericht verwarf die Revisionen der sämtlichen Beschweideführer. Der Betrag, den Radloff beging, sei in Wirklichkeit erst durch die Auszahlung der Mehrbeträge an die Arbeiter vollendet worden; die letzteren hätten deshalb durch die Annahme des Geldes sich der Beihilfe zum Betrüge schuldig gemacht. Unter diesen Umständen sei es gleichgültig, ob eine Beihilfe zum Betrüge darin liege, daß einzelne der Mitangeklagten dem Radloff einen Teil des Geldes zurückgegeben haben.

Streik und Armenpflege. Vor dem Bezirksauschuss zu Hamburg gelangte eine Klage des Hamburger Armenverbandes zur Erledigung, welche derselbe gegen den Harburger Ortsarmenverband auf Rückstattung der Kosten der Armenunterstützung, welche ein in Harburg unterstützungswobühlsberechtigter Maurer in Hamburg erhalten hatte, angestrengt hatte. Der Maurer war arbeitslos, hatte eine kranke Frau und zwei Kinder zu ernähren. Der Harburger Armenverband lebte indessen aus dem Grunde die Kostenunterstützung ab, weil die Armenunterstützung während des Ausstandes der Casenarbeiter in Hamburg erfolgt war, zu welcher Zeit, wie die Armenbehörde geltend machte, der Unterstühte, wenn auch nicht als Maurer, so doch als Casenarbeiter jeden Augenblick lohnende Beschäftigung hätte finden können. Der Maurer räumte ein, daß er als Streikbrecher hätte Arbeit erhalten und so viel verdienen können, daß er ohne Armenunterstützung seine Familie hätte ernähren können, wies jedoch darauf hin, daß er sich als Streikbrecher unethisch und für später dauernd drohlos gemacht haben würde, da nach Beendigung des Streiks alle Streikbrecher allmählig aus jeder Arbeit verdrängt worden seien, weil niemand mit solchen hätte zusammen arbeiten wollen. Der Bezirksauschuss wies die Klage des Hamburger Armenverbandes mit der Begründung ab, daß jemand, der sonst zu körperlicher Arbeit fähig sei und notorisch lohnende Arbeit finden könne, nicht aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden dürfe, da ein solches Verfahren geradezu eine Wegung des Streikens darstelle. Wenn alle streikenden Familienmitglieder von Arbeitswegen unterstützt werden sollten, so würde ein Streik niemals ein Ende erreichen. Auf die Furcht des Hilfsbedürftigen, später als Streikbrecher für die Annahme von Arbeit büssen zu müssen, könne unmöglich Rücksicht genommen werden. Wenn jemand in Noth sei, so müsse er für den Augenblick jede sich ihm bietende Arbeitsgelegenheit annehmen und dürfe sich mit Rücksicht auf die zu besorgenden Folgen,

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion des Publikums gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 16. September.
Opernhaus. Don Juan. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Rosenkranz und Guldenstern. Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Moritur. — Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Renaissance. Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig. Abu Seid. Das zweite Gesicht.
Neues. Abrechnung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Unter den Linden. Urlaub nach dem Papstreich. Fryschen und Klecken. Die Insel Lusipatan. Anfang 7 1/2 Uhr.
Goethe (früher Theater des Westens). Im Dienst der Pflicht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller. Die Kreuzschreiber. Anfang 8 Uhr.
Luisen. Geschwister Ziebig. Anfang 8 Uhr.
Reißing. Die Enderfassung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelm-Strasse. Rabale und Viede.
Thalia. Der Mann im Monde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Ostend. Geschlossen.
Central. Berliner Fahrten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Alexandervplatz. Das Liebesdrama einer Sängerin. Anfang 8 Uhr.
Voll-Milieu. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7 1/2 Uhr.
Passage-Panopticum. Indisches Dorf.

Urania
Taubenstrasse 48-49.
Naturkundl. Ausstellung tägl. geöffnet von 10 Uhr vormittags ab, Eintritt 50 Pf. — Wissenschaftl. Theater abends 8 Uhr.
Passage-Panopticum.
Indisches Dorf
mit dem bedeutendsten Fussball-Künstler der Welt
Moung Toon.
Vorst. 12, 5, 7 und 9 Uhr.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Bärenweib
die grösste Sehenswürdigkeit des ablaufenden Jahrhunderts ist wieder da!!!
Neu! Italienische Kapelle
5 Herren, 2 Damen.

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Gisek.
Prinzessin Pocahuntas
(Die indische Nachtigall).
Brothers Serra. The Barnells.
Der Affe
als Luftgymnastiker
Griffin u. Dubois. Mr. Chreston.
Die 9 Heinzelmännchen
Joseph Phofes
Pantomimen-Troupe
Saisonöffnung 7 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

Einen Haupttreffer
von unerschätzbarem Werth hat das
I. Original-Budapester Possen- u. Operetten-Theater
(Direktion Gebr. Hornfeld) in Kaufmann's Variété
mit den unachahmlichen, geradezu zwerchfellerschütternden Novitäten
Ein Abend im Wintergarten
und im Atelier gemacht.
Humoristen-Wettstreit von **Theodor Lippardt, Dr. Guido Steinitz, Original-Raponet.**
Vorverkaufsbillets sind von 11 bis 5 Uhr ohne Aufgeld im Theaterbureau zu haben. Vorzugskarten gelten.
Anfang des Konzerts 7 Uhr. Vorstellung 7 1/2 Uhr.

American-Theater.
Dresdenerstr. 55.
Eröffnungs-Vorstellung.
Neu! Neu!
Der Traum von Wahreuth.
Parod. Traumbild in 1 Akt v. R. Grove.
Novität! Berlin Novität!
wie's näht und treunt.
Solisten. Gesang in 2 Akte v. S. St. Kustreien des artemischen Beubig. Instrumentalführer Hugo Schulz. Orchesterleiter Wally Smollin. Gesangsduett. Geschw. Nebentisch etc.
Anfang der Vorstellung 8 Uhr.

Theater der Reichshallen.
Leipzigstr. 77.
Sensationell!! Neu!!
Aripotis
mit seinem Riesenspielzeug.
Ein Drama am Meer.
Das Grossartigste der Dressur.
28 Kapazitäten 1. Ranges.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Strasse 97.
Täglich:
Gr. Elite-Vorstellung.
Anfang: Sonntag 8 Uhr, Wochentags 7 1/2 Uhr. — Entree: Sonntag 30 Pf., Wochentags 20 Pf.

Ostbahn-Park
Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Der Hummer und sein Affe.
Anschaffungs-Gesellschaft.
Neue Attraktions-Nummern.
Entree Sonntag 20 Pf., Kinder 10 Pf., Wochentags 10 Pf., Kinder 10 Pf.
Kaffeehaus. Volksbelustigungen.
Witnood: **Kinder-Fest.**

Alcazar
Variété-Theater 1. Ranges.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage) Kantenstr. 42/43.
Direktion Richard Wintler.
Bossehrster Familien-Aufführung.
Novität!
Die Rosen aus dem Süden.
Große Kostümmissspiele mit Gesang und Tanz in 1 Akt von W. Gerde.
Börler:
Neu! Vermischtes. Neu!
Poffe mit Gesang in 1 Akt v. R. Zonnä.
Nur ein durchweg neuen glänzenden Künstler-Spezialitäten-Programm.
Anfang: Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Gutscheine haben an den Wochentagen zu allen Plätzen Gültigkeit.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Größt. Vergnügungstokal Berlins
Direktion:
R. Wintler und W. Gröbel.
Beimnähe ganz Berlin spricht über das sensationelle **Riesen-Programm**.
20 Nummern. 50 Künstler.
Sehen!
Die bildschöne **Clotilde Darnet**, einzig dastehende singende Aktrize!
Lanti mit seinem **Budel** u. v. a.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1 M. 50 Pf.

Concerthaus
Leipzigstr. No. 48.
Täglich:
Hoffmann's Quartett
und
Humoristen.
Heute Anfang 8 Uhr.
I. Rang u. Loge 1 M., Sperrig 50 Pf., Entree und II. Rang 30 Pf.

Maehr's Variété-Theater
Oranienstr. 24.
Täglich: **Theatervorstellung.**
Musikereen der **Spezialitäten-Künstler 1. Ranges.**
Der Galeerensträfling.
Solisten mit Gesang.
Neu! Die Mutter der Kompanie.
Schwanz.
Die internationalen Original-Verwandlungs-Quettisten ohne Konkurrenz! **Geschw. Böhner.** Senf!
Mr. Bill. Nigger-Excentric u. A. Alles Nähere die Tageszettel.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Die Einladungskarte.
Schwanz in 1 Aufzuge von Kogebue.
Die kleine Schlange.
Poffe in einem Akt von Jacobson.
Berliner in Italien.
Original-Burleske-Poffe mit Gesang von G. Lindner.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag u. Donnerstag nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**

Schöne Deine Haut!
Dies gilt namentlich für die Waschfrau, denn nichts greift so sehr die Haut an als schlechte Dünste am Waschfass. Darum kaufe nur echtes **Karol Weil's Seifenextract**, die beste trockene Seife in Pulverform, dann bleibt Deine Haut gesund und jugendfrisch, die Wäsche wird leichter und schneller rein und weiss und hält viel länger.
Das Vorzüglichste zur Toilette:
Karol Weil's „Karola“.
Lieblingsseife der Damenwelt.

Keine Scheinwerkstätten!
Möbeltischlerei
für 30872
Wohnungs-Einrichtungen.
Direkter Verkauf an das Privatpublikum.
G. A. Noack, Tischlermeister, Berlin,
Luisenufer 22, Ecke Dresdenerstr. am Oranienplatz.
Garantie für gute und dauerhafte Arbeit.
Kataloge franko!

Vorthellhafteste Bezugsquelle. Beste Fabrikate.
Uhren- und Goldwaaren-Fabrik
Silber- und Alfenidwaaren-Lager
von Reinhold Wankel,
Brunnenstr. 163,
zwischen Anklamer- und Invaliden-Strasse,
Brillanten und Farbsteine.
Ringe, Armbänder, Brosche, Ohringe.
Ketten in Gold (nach Gewicht) Golddouble u. Silber.
Grösste Auswahl.
Billigste Preise.

Künstliche Zähne.
F. Steffens, Rosenballestr. 61, 2 Tr.
Zahelzählung pr. Woche 1 M.

Dr. Simmel Moritzplatz,
Spezialarzt f. Haut u. Gharleiden.
10-2, 5-7. Sonntag 10-12, 2-4.
Bahn-Atelier.
Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Schmerzlos. Zahnziehen mit Localanästhesie, Chloroform und Nachguss unter Leitung eines pract. Arztes. Bei Befestigung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigung, Kautschuk-Zahelzählung gefahrt. Woche 1 M.
Gnekel, Kaufher Platz 2,
Eisenbahnstr. 12, Steglitzerstr. 71.

Johannisbeerwein
10 Liter Weinglas 10 Pf.
Eugen Neumann & Co.,
Obst- und Beerenweinkelterer.
Damit ein geehrtes Publikum sich von der Güte und Vorzüglichkeit unserer Fruchtweine überzeugen kann, haben wir einen Ausschank errichtet und zwar
Kommandantenstr. 67.
Für 10 Mark
Lieferer Stoff zu einem ff. Herren-Winterpaletot, für 3 M. lieferer Stoff zu einem kompletten Herrenanzug, für 8-10 feiner, für 12 M. guten Kammeranzug oder Cheviot. Preise zu Kundenanzügen sehr groß 2-3 M.

Möbel. Möbel.
In den neu erbauten großen Eichen **Neue Schönbauerstr. 2** (früher Rosenballestr. 13). Seitenflügel u. Quergebäude, erste u. zweite Etage, drei a. Hofeisen Markt, werden neue u. vertieften gewundene elegante u. einf. Möbel zu jedem annehmbareren Preise verkauft; für Brautleute und zum Umzüge ganz besonders geeignet: Aufbaum-, Mahagoni-, Kleiderständer u. Wäschebüchsen, Baldachintische, Stühle, Korridorstühle, 20. Kommoden, 16. Bettstellen u. Matrassen u. Kissen 21 M., französische, furnirte Nischenstühle u. Springelbeeren-Matrassen u. Kissen 48 M., Tru-meau 58, elegante Wäsch- u. Stoff-Waschmaschinen 70, 105 Mark, Herren- u. Damen-Schreibtische, Sophas mit Sitzauszug 33 M., Spiegel in allen Größen u. Arten, Kasseibehälter, Kristallleuchten, Garderoben-Spin-den, alle Arten Küchenschränke etc. Auch gebe ich Einrichtungen auf Zeitzahlung, Beamten mit ganz geringer Anzahlung. Gefauste Möbel können beliebige Zeit stehen bleiben u. werden durch eigene Gespanne transportirt u. aufgestellt.

Möbel. Möbel.
fertige feiner Winterpaletot u. Anzug für 30 M. ff. Anzug nach Maß, für 8-12 M. feine Winterhosen nach Maß.
Man überzeuge sich im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Man überzeuge sich im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I., kein Laden.
Oderbrucher Fetigänse
à Pfund 60 Pf.
Gänsefleisch, ausgeflachtet: Pfund.
Zunge **Schäfer, Tauben, Enten.**
Fette **Zuppenhühner** sehr frisch u. billigst. Bild- u. Wäsche-Handlung **A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.**

Linoleum-Reste
Linoleum-Teppiche, a. etwas fehlerhafte, Waschtisch-Reste, Gummi-Tischdecken sehr bill. Grüner Weg 102 Pf.
Jede Uhr
repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie 6. Uhrgehende nur 1 Mark 50 Pf. außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Grobes Pagar neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pinocenz. **Carl Lux, Uhrmacher,**
35 Chaussee-Strasse 35.

Größtes Spezialgeschäft für Bettfedern und Betten.
Weltbekannte billigste Bezugsquelle.
L. Beuller, Berlin, Haupt-geschäft
Krausenstr. 28, Ecke Invalidenstr. 11.
2. Geschäft: Mariannenstr. 11.
3. Geschäft: Kurfürststr. 25.
4. Geschäft: Reinholdstr. 61a.
Bettfedern Pfund 50 u. 75 Pf. Galdbannen 1,00-1,50 M. Grane Dauen, 2,00-2,50 M. Fertige Betten, Oberbett, Unterbett, 2 Kissen 10 M., mit guten Aufsetz- und neuen gereinigten Federn, bessere Sorten: Strand 12, 15-18, 21 M. Hochfeinste Brautbetten 30-45 M. Große Polsterbetten Stück 8 Mark, Prima 10 Mark.
Fähne v. Ml. 2 an eventuell Teilzahlung
Frau Olga Jacobson,
63/11 Invalidenstr. 145.

Größtes Spezialgeschäft für Bettfedern und Betten.
Weltbekannte billigste Bezugsquelle.
L. Beuller, Berlin, Haupt-geschäft
Krausenstr. 28, Ecke Invalidenstr. 11.
2. Geschäft: Mariannenstr. 11.
3. Geschäft: Kurfürststr. 25.
4. Geschäft: Reinholdstr. 61a.
Bettfedern Pfund 50 u. 75 Pf. Galdbannen 1,00-1,50 M. Grane Dauen, 2,00-2,50 M. Fertige Betten, Oberbett, Unterbett, 2 Kissen 10 M., mit guten Aufsetz- und neuen gereinigten Federn, bessere Sorten: Strand 12, 15-18, 21 M. Hochfeinste Brautbetten 30-45 M. Große Polsterbetten Stück 8 Mark, Prima 10 Mark.
Fähne v. Ml. 2 an eventuell Teilzahlung
Frau Olga Jacobson,
63/11 Invalidenstr. 145.

Größtes Spezialgeschäft für Bettfedern und Betten.
Weltbekannte billigste Bezugsquelle.
L. Beuller, Berlin, Haupt-geschäft
Krausenstr. 28, Ecke Invalidenstr. 11.
2. Geschäft: Mariannenstr. 11.
3. Geschäft: Kurfürststr. 25.
4. Geschäft: Reinholdstr. 61a.
Bettfedern Pfund 50 u. 75 Pf. Galdbannen 1,00-1,50 M. Grane Dauen, 2,00-2,50 M. Fertige Betten, Oberbett, Unterbett, 2 Kissen 10 M., mit guten Aufsetz- und neuen gereinigten Federn, bessere Sorten: Strand 12, 15-18, 21 M. Hochfeinste Brautbetten 30-45 M. Große Polsterbetten Stück 8 Mark, Prima 10 Mark.
Fähne v. Ml. 2 an eventuell Teilzahlung
Frau Olga Jacobson,
63/11 Invalidenstr. 145.

Am 2. Kreis (Nähe Belle-Alliance-Strasse) suche keines, sauber, Zimmer. Off. u. S. D. 20, Postamt Belle-Alliance-Str. 5616

Meyer's Perikon oder Brochhaus, neuest. Kunst. lief. vollst. unter den feinsten. Teilzahl. **A. Steiner, Charlottenburg, Behlitzstr. 106 d.**
Feuerstein's Festsäle
Alte Jakobstrasse 75.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. kulanten Bedingungen.
Reichhaltige Abendkarte zu solid. Preisen. **Pilsener und Bätzw-Bier.**

Empfehle allen Freunden u. Bekannten mein Weiss-, Bairischbier- und gr. Spielegeschäft. Reichhaltiges Frühstück von 30 Pf. Mittag mit Bier 50 Pf. sowie Abendbisch à la carte von 30 Pf. an. 2 Vereinszimmer mit Klavier für 20-50 Personen.
H. Stramm, Ref. Ritterstr. 123.
Jacob Lenz,
Alte Jakobstr. 69.
(vis-à-vis Feuerstein's Festsäle) empfiehlt sein Weiss- u. Bairisch-Bier-Kolal nebst Vereinszimmer.

Möbel Teilzahlung.
Neue
J. Kellermann, Jakobstr. 26.
Möbel
verleihen gewundene und neue, stonend billig. Teilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. 29172
Neue Königstr. 59.
Wichtig für Brautleute!
Möbel, Spiegel, Polster-waren verkaufen wegen Ersparnis der Ladennette bedeutend billiger. Eig. Werkstätte i. Hausfe. Tischlermeister, **Bukow, Javaliden-Strasse 13.**
Billig! Kleider, Anzüge, Billig! Mädchenkleider, Knaben-Anzüge und Paletots sehr preisw. **O. Hoffmann, Beyerstr. 14.**

Für 36 Mark
fertige feiner Winterpaletot u. Anzug für 30 M. ff. Anzug nach Maß, für 8-12 M. feine Winterhosen nach Maß.
Man überzeuge sich im Riesenstofflager
Krausenstr. 14, I., kein Laden.

Linoleum-Reste
Linoleum-Teppiche, a. etwas fehlerhafte, Waschtisch-Reste, Gummi-Tischdecken sehr bill. Grüner Weg 102 Pf.
Jede Uhr
repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie 6. Uhrgehende nur 1 Mark 50 Pf. außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Grobes Pagar neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pinocenz. **Carl Lux, Uhrmacher,**
35 Chaussee-Strasse 35.

Größtes Spezialgeschäft für Bettfedern und Betten.
Weltbekannte billigste Bezugsquelle.
L. Beuller, Berlin, Haupt-geschäft
Krausenstr. 28, Ecke Invalidenstr. 11.
2. Geschäft: Mariannenstr. 11.
3. Geschäft: Kurfürststr. 25.
4. Geschäft: Reinholdstr. 61a.
Bettfedern Pfund 50 u. 75 Pf. Galdbannen 1,00-1,50 M. Grane Dauen, 2,00-2,50 M. Fertige Betten, Oberbett, Unterbett, 2 Kissen 10 M., mit guten Aufsetz- und neuen gereinigten Federn, bessere Sorten: Strand 12, 15-18, 21 M. Hochfeinste Brautbetten 30-45 M. Große Polsterbetten Stück 8 Mark, Prima 10 Mark.
Fähne v. Ml. 2 an eventuell Teilzahlung
Frau Olga Jacobson,
63/11 Invalidenstr. 145.

Größtes Spezialgeschäft für Bettfedern und Betten.
Weltbekannte billigste Bezugsquelle.
L. Beuller, Berlin, Haupt-geschäft
Krausenstr. 28, Ecke Invalidenstr. 11.
2. Geschäft: Mariannenstr. 11.
3. Geschäft: Kurfürststr. 25.
4. Geschäft: Reinholdstr. 61a.
Bettfedern Pfund 50 u. 75 Pf. Galdbannen 1,00-1,50 M. Grane Dauen, 2,00-2,50 M. Fertige Betten, Oberbett, Unterbett, 2 Kissen 10 M., mit guten Aufsetz- und neuen gereinigten Federn, bessere Sorten: Strand 12, 15-18, 21 M. Hochfeinste Brautbetten 30-45 M. Große Polsterbetten Stück 8 Mark, Prima 10 Mark.
Fähne v. Ml. 2 an eventuell Teilzahlung
Frau Olga Jacobson,
63/11 Invalidenstr. 145.

Größtes Spezialgeschäft für Bettfedern und Betten.
Weltbekannte billigste Bezugsquelle.
L. Beuller, Berlin, Haupt-geschäft
Krausenstr. 28, Ecke Invalidenstr. 11.
2. Geschäft: Mariannenstr. 11.
3. Geschäft: Kurfürststr. 25.
4. Geschäft: Reinholdstr. 61a.
Bettfedern Pfund 50 u. 75 Pf. Galdbannen 1,00-1,50 M. Grane Dauen, 2,00-2,50 M. Fertige Betten, Oberbett, Unterbett, 2 Kissen 10 M., mit guten Aufsetz- und neuen gereinigten Federn, bessere Sorten: Strand 12, 15-18, 21 M. Hochfeinste Brautbetten 30-45 M. Große Polsterbetten Stück 8 Mark, Prima 10 Mark.
Fähne v. Ml. 2 an eventuell Teilzahlung
Frau Olga Jacobson,
63/11 Invalidenstr. 145.

Größtes Spezialgeschäft für Bettfedern und Betten.
Weltbekannte billigste Bezugsquelle.
L. Beuller, Berlin, Haupt-geschäft
Krausenstr. 28, Ecke Invalidenstr. 11.
2. Geschäft: Mariannenstr. 11.
3. Geschäft: Kurfürststr. 25.
4. Geschäft: Reinholdstr. 61a.
Bettfedern Pfund 50 u. 75 Pf. Galdbannen 1,00-1,50 M. Grane Dauen, 2,00-2,50 M. Fertige Betten, Oberbett, Unterbett, 2 Kissen 10 M., mit guten Aufsetz- und neuen gereinigten Federn, bessere Sorten: Strand 12, 15-18, 21 M. Hochfeinste Brautbetten 30-45 M. Große Polsterbetten Stück 8 Mark, Prima 10 Mark.
Fähne v. Ml. 2 an eventuell Teilzahlung
Frau Olga Jacobson,
63/11 Invalidenstr. 145.

Kleidung für Maler, Bildhauer, Mechaniker, Stuckateure u. s. w.



Kittel mit Steh- und Umlegekragen, vorn und auf der Schulter zum Knöpfen!
Aus
Klötzeleinen I
2,25
Aus
braun Nova Qual. II I
2,50
Aus
Qual. II I
2,40
Aus
Nova Qual. II I
2,75

Drell-Jackets (Naturfarbe)
Qual. II 2,25 Qual. I 2,75
Drell-Hosen (Naturfarbe)
Qual. II 1,35 Qual. I 1,90
Als Maass genügt Angabe der Brustweite, Leibweite und Schrittlänge.

Baer Sohn
Chaussee-Str. 24a Brückenstr. 11
Gr. Frankfurterstr. 16.
Aufträge von M. 20,- an franco. — Preisliste gratis.
Obige Preise gelten für normale Figuren.

Carl Becker
Cigarren, Cigaretten u. Tabake
Krausenstr. 25 an der Müllerstr.
Betten, Matratzen, Regulatoren, Kleiderbüchsen, Opertischler, Wäsch, Gardinen sportbillig
Wandleiste **Reanderstr. 6.** 83/7
Grüntram-Geschäft wegen Krankheit billig zu verkaufen
5558 Stegnitzerstr. 27.
Wandstuch-Handzettel spottbillig b. **Schabbel, Dresdenerstr. 16.** 5535
Kostlose Auskunft von zu verkaufenden Geschäften jeder Art
Reanderstr. 16, Selin.
Wirtschaft, Aufbaum- u. Bettstelle, Matratze, Rückenstühle, umhängeb. 5545
Rangstr. 10, Ziele.
Verloren in Stralau, Nähe des Seeweges, Paket mit Nadererlebung. Bitte abzug. Stallschreiberstr. 55, v. Reil.
Vereinszimmer m. Piano, post. für Gefelgereine, ist einige Tage frei! 5465
Reichenbergerstr. 24.
Schankgeschäft, Fabrikgegend, ist zu verkaufen. Offerten unter **J. III.** nimmt die Exped. entgegen. 5328
Jeden Sonnabend **Wäsch-Regulatoren** bei **Voelz, Breslauerstr. 9.** 5506
Grünauerstr. 3, am grünen Platz, Wohnungen v. 68-70 Thlr. j. 1. Okt.

Arbeitsmarkt.
Die Forme und Aermacher
der Firma **Borsig** haben Montag, den 23. August wegen Kohlenmangel die Arbeit eingestellt. Zugang nach betretender Firma ist streng fernzuhalten!
L. Müller, Gerichtstr. 31,
Vertrauensmann. 163/4

Wähtung, Nordmacher!
Die Werkstätten von **Waccon u. Co.** (Am. Starke), Wilhelmstr. 123, sowie **Schmidt u. Co.**, Krausenstr. 6, sind gesperrt. Zugang ist streng fernzuhalten. 283/10
Der Vorstand.
Goldschmiede!
Per sofort: 1 Hammerarbeiter nach Dresden, 1 Goldarbeiter nach Breslau, 2 Verkaufserinnen mit Schulbildung f. Berlin, 1 Schorniermacher auf Zigarettenrollen und 1 Schleifer, der vergolden kann. Deutsche Gold- u. Silberarbeiter, Zählstelle Berlin, 72/13, Holzmarktstr. Nr. 8.
Tätige **Barockgoldler** und **Vergoldeurinnen** werden verlangt! 5446
Liegnitzerstr. 15.
Großer, kräftig, Reich, 21 Jahre, wünscht in einer besseren Werkstatt **Möbelpolieren** zu lernen. Adresse: **Maupachstr. 5, b. Weitzer, 4 Tr.**
Wamiell, geübt a. Jaquiers (Wochenlohn 15 M.), engagirt **Stallgerstr. 31, I.**
Tätige **Geldschrankschloffer** verl. 5436
Stralunderstr. 9.